



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 05.07.2024 bis 12.07.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Afrika: Sahelzone und darüber hinaus	3
Algerien: Pastorenehepaar freigesprochen	4
Äthiopien: "Wir brauchen Bildungschancen für junge Menschen"	5
Deutschland: Bundestag beschließt Verbot von „Gehsteigbelästigung“	7
Deutschland: Erster „Tag der Solidarität mit Juden und Israel“	8
Deutschland: Hessen lockert Regelungen zur Sonntagsöffnung	9
Deutschland: Lebensrechtler kritisieren Verbot von Mahnwachen	10
Eritrea: Über 200 Christen binnen zwölf Monaten verhaftet	12
Fidschi-Inseln: Praktische Jugendarbeit	13
Gaza: Katholische Schule getroffen	14
Indien: Mord an Christin	15
Indien: Religiöse Verfolgung steht im Mittelpunkt der Debatte im Parlament	17
Indien: Weiteres diskriminierendes Anti-Konversionsgesetz geplant	18
Japan: Erste katholische Kirche Tokios feiert 150jähriges Gründungsjubiläum	19
Kasachstan: Von muslimischen Verwandtschaft schwer bedrängt	20
Malaysia: Regierungsbeamtin der christlichen Evangelisation beschuldigt	21
Nigeria: Islamische Extremisten töten 6-jähriges Mädchen und zwei weitere Christen	22
Nigeria: Selbstmordattentate gegen Muslime treffen auch Christen	23
Nigeria: Terroristen legen 70 Kirchen in Nigeria lahm	24
Österreich: Amokfahrer schon vorher in Pfingstkirchen auffällig	26
Österreich: Lkw-Fahrer fährt aus Wut mehrfach in Pfingstkirche	27
Pakistan: 14-jähriges christliches Mädchen zur Scheinkonversion/-heirat entführt	28
Pakistan: Lebendig verbrannt	30
Russland: Gebet für Bewahrung	31
Türkei: „Deutlicher Anstieg von Hassrede und Hassverbrechen“ gegen evangelische Christen	32
Ukraine: Raketenangriffe töten 38 Menschen	34
Vietnam: 11 inhaftierte Christen werden vermisst	35
Weltweit: Religionsfreiheit - Neue Datenbank soll belastbare Fakten liefern	37

# Afrika: Sahelzone und darüber hinaus

## der Krieg der Söldner

Rom (Fides) - "Die Russen sind im Anmarsch", wiederholen westliche Beobachter seit einiger Zeit mit Blick auf die Ankunft von Söldnern der ehemaligen „Wagner-Gruppe“ in der Sahelzone. Und zwar insbesondere in den Staaten, in denen nach Putschen Militärjuntas eingesetzt wurden, die französische und generell westliche Truppen des Landes verwiesen. Es begann mit Mali, gefolgt von Burkina Faso und schließlich Niger. Alle Länder, die das französische, andere europäische (wie im Fall von Mali) und US-amerikanische Militär aufgefordert haben, ihre Stützpunkte zu schließen und ihr Gebiet zu verlassen. An ihre Stelle traten, mehr um die Sicherheit der neuen Machthaber zu gewährleisten als um die Bevölkerung vor den Dschihadisten zu schützen, die Kämpfer der Wagner-Gruppe", die nun in „Afrikansky Korpus" umbenannt wurde. Die Sicherheitslage in diesen Ländern ist jedoch nach wie vor prekär, die verschiedenen dschihadistischen Gruppen schlagen weiter zu; am 25. Juni wurden in Tillabery im Südwesten des Landes, im Dreiländereck zwischen Niger, Mali und Burkina Faso, wo sich die Aktivitäten der dschihadistischen Gruppen der drei Länder konzentrieren, 20 nigrische Soldaten in einen Hinterhalt gelockt und ein Zivilist getötet.

Noch schwerwiegender waren die Zusammenstöße am 11. Juni in Burkina Faso, wo die Al-Qaida nahestehende Unterstützungsgruppe für den Islam und die Muslime (Support Group for Islam and Muslims, GSIM) die nordöstliche Stadt Mansila und das dortige Militärkommando nahe der Grenze zu Niger angriff. Die Zahl der Opfer unter den Militärs wurde nicht veröffentlicht, scheint aber sehr hoch gewesen zu sein, so dass es Gerüchte über Unruhen unter den Truppen gab, die mit dem Vorgehen der Militärjunta gegen die Dschihadisten unzufrieden waren. Letztere war mit dem Versprechen an die Macht gekommen, die Dschihadisten entschlossen zu bekämpfen. Der Chef der Militärjunta dementierte die Gerüchte über einen Aufstand des Militärs und stellte die landesweiten Sendungen des französischen Senders Tv5 ein, der darüber berichtet hatte. Einige Tage später sollen die ersten Flugzeuge mit russischen Militärausbildern und deren Ausrüstung gelandet sein.

Es scheint als ob, die Russen definitiv einen Fuß in die Sahelzone gesetzt haben, aber es gibt mindestens zwei Regime, die ihre Sicherheit nicht allein in die Hände Moskaus legen wollen. Dies ist der Fall im ersten afrikanischen Land, in dem sich Wagner-Söldner niedergelassen haben, der Zentralafrikanischen Republik. Hier haben die russischen Söldner ein Geschäftsmodell entwickelt, das das Angebot von Schutz und militärischer Unterstützung mit Handels- und Bergbaukonzessionen verbindet. Doch um ihrer Einmischung entgegenzuwirken, hat Präsident Faustin-Archange Touadéra ein ruandisches Militärkontingent sowie eine private US-Militärfirma in das Land eingeladen.

Niger hat vor kurzem das erste Kontingent des „Africa Corps“ im Stützpunkt 201 in Niamey untergebracht, wo noch einige US-Militärs stationiert sind. Letztere müssen das Land bis Mitte September verlassen und auch die Drohnenbasis in Agadez aufgeben, die 100 Millionen Dollar gekostet hat und als strategisch wichtig für die Kontrolle dschihadistischer Bewegungen in der Sahelzone gilt. Aber die nigrische Junta (die das kleine italienische Kontingent bisher nicht ausgewiesen hat) hat einer anderen Macht, die in Afrika sehr aktiv ist, die Tür geöffnet: der Türkei. Diese verfügt über mindestens ein großes privates Militärunternehmen, Sadat, das syrische Söldner in den von der türkischen Armee besetzten Gebieten im Norden und Nordwesten Syriens rekrutiert. Die syrischen Söldner, die von der türkischen Firma unter Vertrag genommen wurden, werden auf die nigrische Seite des "Drei-Länder-Ecks" geschickt. Ankara, das bereits Rüstungsgüter, darunter die berühmten Bayraktar-Drohnen, an Niger und Burkina Faso verkauft hat, scheint sich somit als Gegengewicht zum russischen Einfluss anzubieten.

Die Staaten der Region haben somit die Möglichkeit, zwischen den verschiedenen Mächten, die an der Region interessiert sind, zu wählen, indem sie sich mal auf die eine, mal auf die andere stützen, um die bestmöglichen Bedingungen zu erzielen. Die Russen sind da, aber sie sind nicht allein.

(L.M.) (Fides 6/7/2024)

# Algerien: Pastorenehepaar freigesprochen

## Beiden Christen drohte jeweils ein Jahr Haft

Beni Douala (IDEA) – Bei einem Berufungsverfahren in Algerien hat ein Gericht einen Pastor und dessen Frau freigesprochen. Das berichtet das überkonfessionelle Hilfswerk Open Doors (Kelkheim bei Frankfurt am Main). Bei dem Ehepaar, das zu einem Jahr Haft verurteilt worden war, handelt es sich um Ahcene Ferchiche und dessen Frau. Sie leiten eine Freikirche in Beni Douala in der nördlichen Küstenprovinz Tizi Ouzou und sind Teil des Dachverbandes protestantischer Kirchen Algeriens (Église Protestante d'Algérie/ EPA). Zum Hintergrund: Die Polizei suchte im November 2021 das christliche Paar auf und verlangte nach Angaben des Pastors eine Genehmigung, um die christliche Religion auszuüben. Sie drohte ihm mit Verhaftung, wenn er ohne diese Erlaubnis weiterhin Gottesdienste abhielte. Zuvor hatte die Gemeinde bereits zehn Jahre ohne Probleme existiert. Im April 2023 schloss Ferchiche die Gemeinde aufgrund des massiven Drucks durch die Behörden. Wie Open Doors berichtet, verhinderte dies jedoch nicht, dass der junge Gemeindeleiter und seine Frau wegen „ungenehmigter Ausübung einer anderen Religion als des Islams“ strafrechtlich verfolgt wurden. Die Anklage basiert auf einer Verordnung aus dem Jahr 2006, in der die Bedingungen für die Ausübung nichtmuslimischer Religionen in Algerien festgelegt sind.

## Open Doors: Nur kleiner Lichtblick

Laut Open Doors handelt es sich bei dem Freispruch um einen seltenen Lichtblick für die christliche Gemeinschaft in Algerien. Angesichts immer neuer und noch offener Verfahren gegen andere Christen sowie zahlreicher Kirchenschließungen sei der Druck nach wie vor sehr hoch. So sind noch Berufungsverfahren gegen den Vizepräsidenten der EPA, Youssef Ourahmane, sowie fünf Christen einer Kirche in Tizi Ghenif offen. Deren Fälle liegen aktuell beim Obersten Gericht Algeriens. Zum Verband EPA gehören 43 Gemeinden, die seit 2019 bis auf eine von den Behörden geschlossen wurden. Von den 45,6 Millionen Einwohnern Algeriens betrachten sich 99 Prozent als Muslime. Schätzungen zufolge leben rund 130.000 Christen im Land (0,3 Prozent der Bevölkerung). Der Islam ist die offizielle Staatsreligion, aber die algerische Verfassung erkennt das Recht auf freie Religionsausübung und Meinungsäußerung an. Auf dem Weltverfolgungsindex von Open Doors steht Algerien an 15. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

# Äthiopien: "Wir brauchen Bildungschancen für junge Menschen"

Addis Abeba (Fides) - "Es gibt mehrere Konflikte in Äthiopien, aber wir verlieren nie die Hoffnung", sagt Kardinal Berhaneyesus Demerew Souraphiel, Metropolitan-Erzbischof von Addis Abeba, im Interview mit Fides.

## **Eure Eminenz, in Äthiopien gibt es mehrere interne Konflikte. Was sind die Folgen für die Bevölkerung?**

Äthiopien ist mit mehreren Konflikten konfrontiert, die den betroffenen Menschen großes Leid zufügen. Vor zwei Jahren hatten wir den Krieg in Tigray, der jetzt mit einem in Pretoria in Südafrika unterzeichneten Friedensvertrag beendet wurde. Aber auch in der Region Oromia im Südosten des Landes herrscht seit vier Jahren Krieg, in dem unter den Oromo viele Menschen getötet und viele andere zur Flucht gezwungen wurden, vor allem die in Oromia lebende Bevölkerung aus dem Volk der Amhara. Dieser Konflikt dauert noch an, aber die äthiopische Bundesregierung und die Oromo-Befreiungsarmee haben in Tansania Gespräche aufgenommen. Sie haben sich bereits zweimal getroffen, konnten aber bisher keine Einigung erzielen.

Der Bedarf an humanitärer Hilfe in Oromia ist sowohl für die Vertriebenen als auch für die Zurückgebliebenen, die unter den Folgen des vierjährigen Krieges leiden, sehr groß. Dasselbe geschieht seit anderthalb Jahren in der Region Amhara, wo Kämpfe zwischen der Bundesregierung und der FANO (eine Amhara-Miliz, Anm. d. Red.) ausgebrochen sind. Wir hoffen, dass sie ein vermittelndes Land finden werden, in dem sie miteinander reden und so den Krieg beenden können. Schließlich gibt es hier und da auch lokale Konflikte in anderen Teilen des Landes, aber die Hauptkonflikte sind in Tigray, Amhara, Afar und Oromia.

Die katholische Kirche versucht über das Netzwerk von „Caritas Internationalis“, so vielen Menschen wie möglich zu helfen. Wie Sie wissen, ist die katholische Kirche in Äthiopien eine kleine Realität, aber sie versucht, so viele Vertriebene und Menschen, die an den Kriegsschauplätzen leben, wie möglich zu erreichen, um ihnen Hilfe anzubieten.

## **Neben den körperlichen Wunden gibt es auch seelische und geistige Wunden. Was kann man tun, um sie zu heilen?**

Jeder Krieg hinterlässt viele Menschen, die nicht nur körperlich, sondern auch seelisch und geistig betroffen sind. Neben den kämpfenden Soldaten sind viele von ihnen Frauen, Kinder und ältere Menschen. Die Kirche möchte ihre Hilfe im sozialen, psychologischen und spirituellen Bereich sowie bei der Traumabewältigung anbieten. Besondere Aufmerksamkeit muss den Kindern und ihren Müttern geschenkt werden; ich erinnere daran, dass viele Kinder nicht zur Schule gehen können, weil mehrere Schulgebäude zerstört wurden. Besondere Aufmerksamkeit muss auch den weiblichen Opfern von Vergewaltigungen zuteilwerden.

Die Traumabehandlung beginnt auf Dorfebene und geht dann weiter bis zur Bezirks-, Zonen- und Regionsebene. Deshalb schulen wir unser gesamtes religiöses Personal, Männer und Frauen, sowie Seminaristen und Katecheten, um in diesem Bereich Hilfe zu leisten. Das ist eine sehr wichtige Maßnahme.

## **Trägt der ökumenische und interreligiöse Dialog zum Bemühen um Frieden bei?**

Die katholische Kirche ist Gründungsmitglied des Interreligiösen Rates von Äthiopien, in dem alle Konfessionen, Christen und Muslime, zusammenarbeiten, insbesondere im Bereich der Versöhnung und der Heilung von Kriegstraumata, die Zeit brauchen, um wirksam zu werden, sowie bei der humanitären Hilfe (Verteilung von Nahrungsmitteln, Medikamenten und lebensnotwendigen Gütern). Im Rahmen des Interreligiösen Rates von Äthiopien arbeiten wir mit dem Patriarchen und der Synode der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche sowie mit dem Islamischen Rat von Äthiopien auf nationaler und lokaler Ebene zusammen. Wir arbeiten auch mit dem Evangelischen Äthiopischen Rat, den Adventisten und anderen zusammen. Durch die Zusammenarbeit im humanitären Bereich sind wir in der Lage, auf nationaler Ebene, wo wir von der Bundesregierung anerkannt wurden, effektiver zu arbeiten.

## Was erhoffen Sie sich für Äthiopien?

Es gibt immer Hoffnung. Äthiopien ist ein sehr altes christliches Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung christlich ist. Äthiopien ist nicht erst vor 50 Jahren entstanden, sondern kann auf eine mindestens dreitausendjährige Geschichte der friedlichen Koexistenz zwischen den Religionen zurückblicken. Juden, Christen und Muslime haben jahrhundertlang friedlich zusammengelebt, und wir wollen das auch weiterhin tun.

Auf der anderen Seite gibt es mehrere trennende Faktoren. Einer davon ist der ethnische Föderalismus. Föderalismus ist ein gutes System, aber wir glauben, dass es nicht auf ethnischer Zugehörigkeit oder Sprache basieren sollte.

Geopolitisch gesehen ist Äthiopien ein wichtiges Land. Zurzeit haben wir 120 Millionen Einwohner; in Afrika ist Äthiopien nach Nigeria das bevölkerungsreichste Land. Siebzig Prozent der Bevölkerung sind junge Menschen, die ihr Land lieben, aber aufgrund von Armut und Konflikten gezwungen sind, auszuwandern. Viele gehen in den Nahen Osten und nach Südafrika, einige nach Libyen und versuchen von dort aus, Europa zu erreichen. Als katholische Kirche glauben wir, dass dies keine Lösung ist. Wir müssen junge Menschen für Berufe in ihrem eigenen Land ausbilden, so dass sie, auch wenn sie ins Ausland gehen, gut bezahlt und respektiert werden. Wir bitten alle, uns bei der Ausbildung unserer jungen Menschen zu helfen.

Das gesamte Horn von Afrika braucht Menschen mit beruflichen Qualifikationen. Äthiopien befindet sich jedoch in einem wirtschaftlichen Aufschwung, und es gibt Produktionsbetriebe, die jetzt die Vorteile des Stroms aus dem großen Staudamm („Grand Ethiopian Renaissance Dam“, Anm.d.R.) nutzen können. Wir brauchen Frieden, Bildung und Investitionen, um unsere Industrie zu stärken und Produkte zu exportieren, deren Erlöse in die nationale Wirtschaft reinvestiert werden können, um mehr Fabriken zu gründen und mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

(L.M.) (Fides 5/7/2024)

# Deutschland: Bundestag beschließt Verbot von „Gehsteigbelästigung“

## Opposition kritisiert das Gesetz als überflüssig und verfassungswidrig

Berlin (IDEA) – Der Bundestag hat mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie der Linken ein Verbot von sogenannter „Gehsteigbelästigung“ beschlossen. Danach sind künftig in einem Bereich von 100 Metern um den Eingang von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Abtreibungskliniken „bestimmte, nicht hinnehmbare Verhaltensweisen“ untersagt. Bei Verstößen droht eine Geldbuße von bis zu 5.000 Euro. In der Debatte vor der Abstimmung sagte u.a. die SPD-Bundestagsabgeordnete Carmen Wegge, das Gesetz werde einen „immer wieder vorkommenden, unsäglichen Spießbrutenlauf“ von Schwangeren beim Besuch von Beratungsstellen beenden. Die Grünen-Abgeordnete Dennis Loop erklärte, das Gesetz schütze die reproduktiven Rechte von Frauen. Die FDP-Parlamentarierin Katrin Helling-Plahr sagte, keine Frau mache sich die Entscheidung für eine Abtreibung leicht. Das gelte auch für den Gang zu einer Schwangerenkonfliktberatungsstelle. In dieser Situation müsse der Staat die Schwangeren vor übergriffigem Verhalten von „sogenannten Lebensschützern“ schützen.

## Opposition: Keine Beweise für Belästigungen

Die CSU-Abgeordnete Susanne Hierl erklärte dagegen, das Gesetz sei überflüssig. Es gebe keine Beweise für die Behauptung, dass Schwangere bei dem Besuch von Beratungsstellen tatsächlich belästigt würden. Weiter sagte Hierl, für die Ampelkoalition sei das geplante Verbot „ein Mosaikstein in einem größeren gesellschaftlichen Umbauplan“. Letztlich gehe es ihr um eine Abschaffung des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches. Zum Hintergrund: Nach der aktuellen Rechtslage sind Abtreibungen in Deutschland durch Paragraph 218 des Strafgesetzbuches grundsätzlich verboten. Sie bleiben aber unter bestimmten Bedingungen straffrei (Paragraph 218a). Die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch sagte, das neue Gesetz sei verfassungswidrig. Schon das Wort „Gehsteigbelästigung“ sei ein „erfundener ideologischer Kampfbegriff“. Zu der Behauptung, vor Beratungsstellen komme es zu Übergriffen gegen Schwangere durch Abtreibungsgegner, sagte sie: „Sie erfinden ein Problem, das es nicht gibt.“

Lesen Sie dazu einen [Kommentar](#) von IDEA-Redakteur Daniel Scholaster.

# Deutschland: Erster „Tag der Solidarität mit Juden und Israel“

## Über 150 Organisationen unterstützen die Aktion am 10. Juli

München (IDEA) – Am 10. Juli soll zum ersten Mal ein „Tag der Solidarität mit Juden und Israel“ in Deutschland stattfinden. Möglichst viele Menschen sollen damit ein Zeichen gegen Antisemitismus setzen. Die Aktion wurde von dem Münchner Verein „Demokratie und Information“ (DEIN) initiiert. Sie wird von über 150 Organisationen und Institutionen aus Politik und Gesellschaft unterstützt. Dazu gehören u.a. die Bayerische Staatsregierung, der Deutsche Lehrerverband, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte und die Konrad-Adenauer-Stiftung. Schirmherrin ist die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch. In Zukunft soll der Solidaritätstag jährlich stattfinden.

## Stopp-Signal gegen Israel-Hass

Der Verein DEIN erklärte, Schulen, Behörden, Polizei und Kirchen, aber auch einzelne Bürger seien aufgerufen, an diesem Tag ihre Solidarität mit Juden und Israel zu bekunden. Dafür stellt er auf seiner [Internetseite](#) Ideen vor. So könne man zum Beispiel einen Davidstern am Revers tragen, eine Israelfahne aufhängen oder auch andere Menschen mit dem jüdischen Friedensgruß Schalom grüßen. Dieser Tag solle ein „Stopp-Signal“ für „Antisemiten aller Couleur, obsessive Israel-Feinde, Demokratiegegner, Islamisten, Nazis und radikale Palästinenser“ sein. Ihre Hassparolen, Übergriffe, Drohungen und ihr „Jubel über die Hamas-Verbrechen“ seien unerträglich, so DEIN.

# Deutschland: Hessen lockert Regelungen zur Sonntagsöffnung

## Unbesetzte Mini-Supermärkte sollen öffnen dürfen

Wiesbaden (IDEA) – Der Hessische Landtag hat am 10. Juli einstimmig beschlossen, dass Mini-Supermärkte, die mit Automaten und ohne Mitarbeiter betrieben werden, sonntags öffnen dürfen. Die Liberalisierung des Ladenöffnungsgesetzes sieht vor, dass solche automatisierten Verkaufsflächen nur höchstens 120 Quadratmeter groß sein und ausschließlich Waren des täglichen Bedarfs anbieten dürfen. Die Änderung wurde von der schwarz-roten Landesregierung eingebracht und von allen fünf im Landtag vertretenen Fraktionen unterstützt. Hintergrund der Gesetzesinitiative ist ein Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs, wonach eine von der Stadt Fulda verfügte Schließung der ohne Personal betriebenen „Tegut Teo“-Verkaufsstellen an Sonntagen seinerzeit rechtens war. Die Richter erklärten damals, die Öffnung an diesen Tagen verstoße gegen das hessische Ladenschlussgesetz. Das Gesetz diene nämlich „nicht allein dem Arbeitnehmerschutz, sondern auch dem Ziel, die Sonntage und staatlich anerkannten Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung zu schützen“. Nun hat der Landtag den Weg frei gemacht, damit solche Läden an sieben Tagen der Woche rund um die Uhr öffnen können.

## Kirchen und Gewerkschaften kündigen Klage an

Allerdings kündigte die „Allianz für den freien Sonntag Hessen“ an, wieder klagen zu wollen, falls diese Art des Sonntagsverkaufs erlaubt wird. Das Bündnis von Gewerkschaften und Kirchen sieht den vom Grundgesetz garantierten Schutz der Sonntagsruhe weiterhin verletzt. Der „Allianz für den freien Sonntag Hessen“ gehören unter anderem die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck, das katholische Bistum Limburg und die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) an.

# Deutschland: Lebensrechtler kritisieren Verbot von Mahnwachen

## ALFA-Vorsitzende: Das neue Gesetz ist verfassungswidrig

Berlin/Fulda (IDEA) – Mehrere Lebensrechtsorganisationen haben scharfe Kritik am vom Bundestag beschlossenen Verbot von Mahnwachen vor Abtreibungseinrichtungen geübt. Danach sind künftig in einem Bereich von 100 Metern um den Eingang von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Abtreibungskliniken „bestimmte, nicht hinnehmbare Verhaltensweisen“ untersagt. Die Bundesvorsitzende der „[Aktion Lebensrecht für Alle](#)“ (ALFA), Cornelia Kaminski (Fulda), bezeichnete den Beschluss laut einer Mitteilung als einen „Tiefpunkt“ der „ideologiegetriebenen Politik“ der Bundesregierung. Durch die [Entscheidung](#) des Bundestages vom 5. Juli würden rund um Abtreibungseinrichtungen und Beratungsstellen „Zensurzonen“ errichtet. Wer in einem Umkreis von 100 Metern für Schwangere in Not bete, werde künftig mit einem Bußgeld von 5.000 Euro bestraft. Nachvollziehbar wäre ein solches Gesetz allenfalls dann, so Kaminski weiter, wenn es tatsächlich notwendig sei, Frauen vor „Belästigungen“ im Umfeld solcher Einrichtungen zu schützen, und dies auf andere Weise nicht möglich sei. Allerdings sei kein einziger Fall aktenkundig, in dem eine Betroffene tatsächlich deswegen Anzeige erhoben habe. Belästigungen seien zudem bereits jetzt verboten; hierfür bedürfe es keines eigenen Gesetzes. Jede Regulierung der Versammlungsfreiheit falle darüber hinaus in die Gesetzgebungskompetenz der Länder. Die Bundesregierung agiere also übergriffig. Ferner stehe bereits seit Mai 2023 fest, dass das neue Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand haben werde. Damals hatte das Bundesverwaltungsgericht Leipzig letztinstanzlich [entschieden](#), dass ein Verbot von Mahnwachen außerhalb von Abtreibungseinrichtungen verfassungswidrig sei.

## Kaminski: Christen werden stigmatisiert und kriminalisiert

An anderer Stelle sei die Regierung dafür „großzügiger“: So würden Demonstrationen, die ein [Kalifat](#) in Deutschland forderten, nicht verboten und antisemitische Demonstrationen und Umtriebe an Hochschulen als Ausdruck von Meinungsfreiheit geduldet. Allein in Berlin hätten Klimaaktivisten darüber hinaus innerhalb von zwei Jahren 3.700 Straftaten begangen. Ein Gesetz, mit dem dergleichen unterbunden würde, sei dennoch nicht in Aussicht. „Anders geht man mit Christen um: Sie werden durch die Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes stigmatisiert und kriminalisiert.“ Wer so vorgehe, offenbare jedoch nicht nur ein mangelndes Demokratieverständnis. Er zeige auch, worum es wirklich gehe: „Um den Entzug der Grundrechte für diejenigen, die nicht die Meinung der Regierenden vertreten. Wäre diese Meinung so grundfalsch, müsste man sie nicht bekämpfen. Lügen haben kurze Beine, die Wahrheit kommt irgendwann ans Licht. Das weiß auch die Ampelkoalition – und setzt daher alles daran, sie zum Schweigen zu bringen.“

## „Ärzte für das Leben“: Die beteiligten Mediziner wissen, was sie tun

Kritik kommt auch von den „[Ärzten für das Leben](#)“. Julia Kim und Kai Witzel (beide Fulda) vom Vorstand der Lebensrechtsorganisation bezeichneten den Beschluss in einer Stellungnahme als massiven Eingriff in die Rechte auf Religions-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. „Das zur Rechtfertigung dieser Grundrechtseinschränkungen angeführte Ziel, damit ‚Belästigungen‘ von ärztlichem Personal in Abtreibungseinrichtungen zu unterbinden, ist eine Fata Morgana.“ Die Behauptung, friedlich für das Recht auf Leben Eintretende Menschen hinderten ärztliches Personal in Abtreibungseinrichtungen an ihrer Berufsausübung, sei ebenfalls an den Haaren herbeigezogen: „Wäre das tatsächlich ein Problem, wären die Medien voll gewesen von Berichten über solche Vorfälle. Vielmehr konnten Ärzte so ungestört arbeiten, dass sie die Abtreibungszahlen innerhalb von zwei Jahren im zweistelligen Prozentbereich steigern konnten.“ Wer aber zutiefst überzeugt sei, Frauen in existenzieller Not mit einer Abtreibung zu helfen, und darin nichts weiter sehe „als die Entleerung einer Gebärmutter, der wird die Aussage von Lebensrechtlern, hier handele es sich um vorgeburtliche Kindstötung, bestenfalls belächeln“. Dass Ärzte in Abtreibungseinrichtungen sie stattdessen aber als Behinderung ihrer Arbeit und Belästigung betrachteten, zeige daher vor allem eins: „Sie wissen, was sie tun.“

## Ein „erschütterndes“ Frauenbild

Außerdem sei das hinter dem Gesetzesvorhaben stehende Frauenbild „erschütternd“, so die beiden Ärzte. Auf der einen Seite behaupteten die Abtreibungsbefürworter häufig, Frauen schritten selbstbestimmt zur Abtreibung, „die schließlich auch nichts anderes sei als die Entfernung von unerwünschtem ‚Schwangerschaftsgewebe‘“. Andererseits werde mit dem Gesetz das Bild einer schwachen, beeinflussbaren Frau gezeichnet, die auf dem Weg zur Abtreibung durch eine Handvoll Lebensrechtler völlig aus dem Gleichgewicht geworfen werde.

# Eritrea: Über 200 Christen binnen zwölf Monaten verhaftet

## Hilfswerke gehen von aktuell rund 400 christlichen Inhaftierten aus

Asmara (IDEA) – In Eritrea sind in den vergangenen 12 Monaten mindestens 218 Christen verhaftet worden, darunter auch Kinder. Das berichtet das britische Hilfswerk Release International (Befreiung International/London). Die Regierung geht demnach schärfer gegen Christen vor. Allein zwischen Januar und Mai hat die Polizei 110 Christen abgeholt. Die meisten von ihnen seien nachts aus ihren Häusern geholt worden, erklärte der Partner der christlichen Hilfsorganisation, Berhane Asmelash. Er ist selbst Eritreer und ehemaliger Inhaftierter aufgrund seines Glaubens. Wie er weiter erklärte, seien bei der jüngsten Inhaftierungswelle auch Kinder mit ihren Eltern verhaftet worden. In einige Fällen seien ganze Familie im Gefängnis. „Wir sind sehr besorgt um das körperliche und geistige Wohlergehen der Kinder, von denen einige erst zwei Jahre alt sind. Dies ist völlig inakzeptabel, und wir verurteilen dieses unmenschliche Vorgehen der eritreischen Regierung aufs Schärfste“, so Asmelash. Ihm zufolge befinden sich die meisten der jüngst Inhaftierten im berüchtigten Hochsicherheitsgefängnis Mai Serwa am Rande der eritreischen Hauptstadt Asmara. Andere seien auf Gefängnisse im ganzen Land verteilt worden. Release International schätzt die Zahl der inhaftierten Christen aktuell auf rund 400 Personen. Die ebenfalls in London befindliche Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity Worldwide (Christliche Solidarität Weltweit/CSW) vermutet, dass darunter mehr als 200 Evangelikale, mindestens 150 orthodoxe Christen seien. Auch 36 Zeugen Jehovas sollen zu den Inhaftierten zählen. Die eritreische Regierung unter dem seit 30 Jahren herrschenden Diktator Isayas Afewerki (78) erkennt nur die römisch-katholische, die eritreisch-orthodoxe und die evangelisch-lutherische Kirche sowie den sunnitischen Islam an. Die anerkannten Religionsgemeinschaften stehen unter strenger Beobachtung. Von den rund sechs Millionen Einwohnern des Landes sind etwa 52 Prozent Muslime und 47 Prozent Christen.

# Fidschi-Inseln: Praktische Jugendarbeit

Die Lagerarbeit ist in Fidschi ein sehr fruchtbares Feld, das Evangelium, christliche Erziehung und praktische Arbeit in der Gemeinde. Ein kürzlich stattgefundenes 4-tägiges Camp, an dem 180 junge Erwachsene teilnahmen, begann damit die jungen Leute an bestimmte Orte geschickt, um Gemeindefarbe zu leisten wie Böden waschen, Wände putzen und Müll aufsammeln.

Außerdem gab es Evangelisationen, sportliche Aktivitäten und einen Vortrag der örtlichen Polizei über Themen wie Drogen, Internetkriminalität und Pornografie. Anschließend gab es getrennte Veranstaltungen für Männer und Frauen über die Herausforderungen, mit denen sie in der heutigen Welt konfrontiert sind. Alle Camper wurden herausgefordert durch biblische Lehren herausgefordert, die die Selbstdisziplin und Hingabe an Christus. AMT

Quelle: Bridgeway Publications vom 15. Juni 2024, übersetzt und bearbeitet AKREF

# Gaza: Katholische Schule getroffen

## Papst besorgt über Gewalt in Gaza

(Von Israelnetz/ 10. Juli 2024) Papst Franziskus äußert sich besorgt über die zunehmende Gewalt im Gazastreifen und in der Ukraine. Die Erklärung vom Dienstag folgte auf den russischen Angriff auf ein Kinderkrankenhaus in Kiew am Montag. Am Sonntag zuvor wurde die [katholische](#) Schule der Heiligen Familie des Lateinischen Patriarchats in Gaza-Stadt von israelischen Geschossen getroffen. Laut Berichten starben dabei vier Menschen. Die Hamas versteckt Waffen und Terroristen in zivilen Gebäuden. Das Kirchenoberhaupt hoffe und bete, „dass bald konkrete Wege gefunden werden, um die anhaltenden Konflikte zu beenden“. (cs)

# Indien: Mord an Christin

**Verwandter: „Christen haben kein Recht auf Land“**

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/11.07.24 - Ein Stammesangehöriger in Indien hat letzte Woche seine 32-jährige Nichte Bindu Sodi mit Axtschlägen und Steinen getötet, weil er behauptete, sie und ihre Verwandten hätten kein Recht auf das Ackerland ihrer Vorfahren, weil sie Christen geworden seien.

Bindu Sodi aus dem Dorf Toylanka, Kotewarpara im Bezirk Dantewada im Bundesstaat Chhattisgarh war die einzige Ernährerin ihrer Mutter, ihrer Schwester, ihres jüngeren Bruders, seiner Frau und ihres zweijährigen Kindes. Die überlebenden Verwandten können aufgrund von Morddrohungen nicht nach Hause zurückkehren.

Zwei Wochen vor der Ermordung drangen Bindu Sodis Onkel Chetu Sodi und sein Sohn Kumma Sodi in das Land ihres jüngeren Bruders Bhima Sodi ein und säten auf einem Drittel der Parzelle Samen aus.

Als Bhima Sodi auf Anraten des christlichen Pfarrers Sudru Ram Telam bei der Polizei von Katekalyan eine Beschwerde über die Landübernahme einreichte, sagte ihm der Leiter der Wache, er müsse sich an das Finanzamt und den Standesbeamten des Dorfes wenden, um das Problem zu lösen, so der Pfarrer.

Der Beamte der Steuerbehörde lud Chetu Sodi vor, doch dieser weigerte sich, so Pastor Telam. Der Beamte wies daraufhin den Standesbeamten des Dorfes an, das Haus von Chetu Sodi zu besuchen, um den Anspruch zu prüfen und den rechtmäßigen Eigentümer zu ermitteln.

Bindus jüngere Schwester, Aarti Mandavi, sagte, dass der Standesbeamte auf den Widerstand von Chetu Sodi stieß.

"Der Onkel sagte dem Standesbeamten, dass wir kein Recht auf den angestammten Besitz haben, weil wir alle Christen geworden sind, und deshalb weigerte er sich, die Papiere zu unterschreiben, die der Standesbeamte bei sich trug", sagte Mandavi, eine Christin, die seit einem Jahr mit Bindu zusammenlebt.

Der Beamte forderte Chetu Sodi auf, sich beim Finanzamt zu melden, andernfalls müsse er mit einer Klage wegen Nichteinhaltung rechnen, so Mandavi.

Jedoch Chetu Sodi und sein Sohn bebauten einen weiteren Teil von Bhima Sodis Land, so Telam. "Bhima und die ganze Familie waren sehr beunruhigt darüber, wie die Dinge liefen. Bhima hatte keine Arbeit; er kümmerte sich um das Ackerland. Sie waren sich nicht sicher, wie lange das Verfahren der Steuerbehörde dauern würde.

Am Abend des 24. Juni beschlossen Bhima Sodi, seine Frau Tulsi, Bindu Sodi und ihre Mutter, den einzigen Teil ihres Landes zu bewirtschaften, der noch übrig war, bevor der Onkel es ebenfalls übernahm, so Pastor Telam. Jemand sah, wie sie ihr Land bearbeiteten, und informierte Chetu Sodi, der schnell mit seinem Sohn kam.

Bindu Sodi nahm mit ihrem Handy auf, wie ihr Onkel Steine aufhob und auf die beiden losging. Bhima Sodi und seine Mutter fuhren eilig mit dem Traktor vom Feld weg, während Bindu Sodi und Tulsi Sodi zu Fuß flüchteten.

"Während sie rannten, kippte Bindu über etwas und fiel hin", sagte Mandavi gegenüber Morning Star News. "Ihr Handy flog weg. Tulsi hob es auf und wollte Bindu helfen, aber der Onkel und sein Sohn erreichten Bindu und begannen sie anzugreifen."

Tulsi Sodi rannte los und übergab das Handy an Bhima Sodi, der die Polizei rief. Der Revierleiter sagte jedoch, dass es schon dunkel sei und dass sie erst am nächsten Morgen kommen würden, so Mandavi.

"Bhima Sodi rief ein christliches Stammesforum an, dessen Leiter wiederum den Leiter der Polizeistation anrief und darauf bestand, dass sie kommen sollten, und erklärte, dass die Angelegenheit ernst sei", sagte Pastor Telam.

Als die Polizei mit einem Krankenwagen eintraf, sagte Mandavi, "war das Feld nass von Bindus Blut".

Chetu Sodi und sein Sohn griffen Bindu Sodi an, schlugen sie mit Steinen und einer Axt und traten und schlugen sie, wie Zeugen berichteten. Er und sein Sohn ließen sie halbtot zurück und begannen, Bhima Sodi und seine Mutter zu verfolgen, sagte Mandavi.

"Bhima und seine Mutter versteckten sich in einem Haus, um ihr Leben zu retten", sagte sie. "Als Onkel und Sohn sie nicht finden konnten, gingen sie zurück und begannen erneut, Bindu anzugreifen, bis sie tot war."

Mandavi sagte, sie sei schockiert über die Brutalität des Angriffs, der Bindu Sodi mit Wunden im Gesicht, am Kopf und am Hals zurückließ.

"Einige Teile ihres Fleisches an den Wangen fehlten", sagte Mandavi schluchzend. "Sie wurde an mehreren Stellen von der Axt getroffen, sie schlugen ihr Gesicht mit Steinen ein und schlugen brutal auf sie ein, bis sie auf dem Feld verblutete."

Die Polizei schickte ihre Leiche zur Obduktion nach Dantewada, wohin auch die Familie gebracht wurde. Am nächsten Tag verhaftete die Polizei Chetu Sodi. Am 29. Juni nahmen Beamte seinen Sohn Kumma Sodi fest.

Die Polizei hat gegen Chetu Sodi und Kumma Sodi den First Information Report Nr. 30/2024 wegen Mordes (Abschnitt 302) und krimineller Handlungen durch mehrere Personen in gemeinsamer Absicht (Abschnitt 34) registriert.

Ein Menschenrechtsaktivist in Delhi, der um Anonymität bat, sagte, er habe am 26. Juni bei der Polizei angerufen und von der Anzeige erfahren. Als er erwähnte, dass es eine Auseinandersetzung um den christlichen Glauben von Bindu Sodi gebe, "antwortete der Beamte, dass der Angeklagte und das Opfer aus derselben Familie stammen und sie einen Streit um das Land hatten".

Pastor Telam wies die Behauptung der Polizei zurück und sagte, wenn das Motiv nur ein Familienstreit um Land gewesen sei, "warum hat die Polizei uns dann nicht erlaubt, Bindu im Dorf zu begraben? Es gibt keinen Zweifel daran, dass hinter dem Mord eine christliche Verfolgung steckt".

Denn Bindus Beerdigung fand auf Druck der Polizei am 26. Juni 19 Meilen von ihrem Heimatdorf entfernt statt.

"Leider hat sich die Polizei nicht für uns eingesetzt und uns keinen Polizeischutz gewährt, damit wir die Beerdigung in ihrem Heimatdorf durchführen konnten", sagt Telam. "Bindus Leichnam wurde in aller Eile von der Leichenhalle zum Bestattungsort in Dantewada transportiert, und in kürzester Zeit wurde die Beerdigung am Abend durchgeführt."

Er fügte hinzu, dass die Beamten ihm gedroht hätten, ihn zu verhaften, weil er sich gegen die Weigerung der Polizei gewehrt habe, den Wunsch der Familie nach einer Beerdigung im Dorf zu erfüllen.

"Die Polizei drohte mir sogar, mich für vier oder fünf Stunden ins Gefängnis zu stecken, wenn ich die Familie weiterhin ermutigen würde, die Beerdigung im Dorf zu fordern", sagte er.

Bhima Sodi und seine Familie erhalten ständig Morddrohungen von den Dorfbewohnern, die sich in ihrem Wunsch einig waren, Kumma Sodi vor der Verhaftung zu schützen, sagte Mandavi.

"Wir haben Angst, zurück zu gehen", sagte Mandavi in dem gemieteten Zimmer der Familie fast 20 Meilen außerhalb des Dorfes. "Wir werden einige Tage hier bleiben, bis die Angelegenheit geklärt ist."

Bindu Sodi sei das einzige einkommensstarke Mitglied der Familie, sagte der Pastor. Mandavi sagte, ihre Schwester habe nach dem Tod des Vaters die Versorgung der Familie übernommen und "nie geheiratet, weil sie so viele Mitglieder ernähren musste."

Bindu Sodi hatte eine Stelle als Lehrerin im staatlich geförderten Kinder- und Mütterbetreuungszentrum des Dorfes im Rahmen des Programms für integrierte Kinderentwicklung angenommen.

Sie sei die erste Person aus dem Dorf Toylinka gewesen, die Christus angenommen habe, sagte Pastor Telam.

"Durch ihre Evangelisation kamen acht weitere Familien in diesem Dorf zu Christus", sagte er. "Sie war eine große Evangelistin unserer Kirche."

<https://morningstarnews.org/2024/07/relatives-kill-christian-woman-with-axe-blows-stones-in-india/>

# Indien: Religiöse Verfolgung steht im Mittelpunkt der Debatte im Parlament

International Christian Concern - In einer Rede im indischen Unterhaus sprach Oppositionsführer Rahul Gandhi diese Woche vor einem Publikum, zu dem auch Premierminister Narendra Modi gehörte, das Thema des gewalttätigen Hindu-Nationalismus an.

Gandhis Rolle als Oppositionsführer wurde erst vor kurzem wiederbelebt, nachdem die führende BJP-Partei bei den nationalen Wahlen schlecht abgeschnitten hatte und die Opposition nun über genügend Sitze im Parlament verfügt, um eine solche Position einzunehmen.

Mit Blick auf Modi und die anderen BJP-Parlamentarier prangerte Gandhi in seinen Äußerungen am Montag an, dass diese ständig von Gewalt und Hass reden. "Ihr seid keine Hindus", sagte er und unterschied zwischen der Rhetorik der BJP und den hinduistischen Idealen von Frieden und Harmonie.

"Es gab einen systematischen, umfassenden Angriff auf die Idee Indiens, die Verfassung", sagte Gandhi, und gegen "Menschen, die sich den Ideen der BJP widersetzen, die sich dem Angriff auf die Verfassung widersetzen ... Jeder, der sich der Idee der Konzentration von Macht und Reichtum, der Aggression [gegen die] Armen und Dalits und Minderheiten widersetzt, wurde niedergemacht."

Teile von Gandhis Rede wurden aus dem Parlamentsprotokoll gestrichen, was Proteste der Kongresspartei auslöste und die Brisanz von Gandhis Herausforderung der nationalistischen Tendenzen der BJP unterstrich.

Premierminister Modi reagierte auf Gandhis Äußerungen mit der Behauptung, er habe "die gesamte hinduistische Gemeinschaft" angegriffen. Gandhi, der selbst Hindu ist, hat sich bereits früher gegen einen gewalttätigen Hindu-Nationalismus ausgesprochen und auf einem Forum in Paris im vergangenen Jahr gesagt, dass "das, was die BJP tut, nichts Hinduistisches an sich hat".

Nach überraschenden Wahlverlusten bei den Regionalwahlen im vergangenen Jahr genießt Gandhis Kongresspartei nach den Parlamentswahlen im vergangenen Monat, bei denen die Kongresspartei 47 Sitze hinzugewann und die BJP 63 verlor, nun unerwarteten Einfluss im Parlament. Zum ersten Mal seit Modis Aufstieg an die Macht im Jahr 2014 ist die BJP gezwungen, in einer Koalition mit anderen Parteien zu regieren.

Erste Berichte deuten darauf hin, dass es Modi in dieser Legislaturperiode schwer fallen wird, für den Hindu-Nationalismus zu werben, mit dem er sich bei seiner wichtigsten Anhängerschaft beliebt gemacht hat. Die beiden größten Parteien in der BJP-Koalition - die TDP und die JD(U) - sind deutlich säkularer als die BJP, und ihre Führer haben sich schon früher mit Modi angelegt.

Analysten gehen davon aus, dass die Koalition in der Außenpolitik und in der Wirtschaft mit der BJP zusammenarbeiten wird, sich aber wahrscheinlich den Bemühungen widersetzen wird, Indiens Säkularismus weiter auszuhöhlen. Es wird sich zeigen, ob diese Prognose zutrifft, aber die Wahlen im Jahr 2024 könnten den Beginn einer geschwächten BJP in Indien markieren.

Auch wenn Modi in seiner Fähigkeit, seine nationalistische Agenda voranzutreiben, sicherlich eingeschränkt ist, sollte nicht vergessen werden, dass er immer noch am Ruder ist und eine klare Agenda zur Reduzierung der religiösen Minderheitengemeinschaften des Landes zugunsten eines Staates von und für Hindus aufgestellt hat.

Ob mit oder ohne klares Wahlmandat, Modis Fadenkreuz ist auf die religiösen Minderheiten des Landes gerichtet. Ob Muslime, Sikhs, Christen oder Angehörige anderer Gruppen - sie sind ein bequemes Feindbild für einen Führer mit einer immer engeren Definition dessen, was es bedeutet, Inder zu sein. Noch unmittelbarer könnten sie eine bequeme Zielscheibe für frustrierte Nationalisten darstellen, die, obwohl sie Modi keinen durchschlagenden Sieg beschert haben, immer noch die politische Diskussion in Indien führen.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)  
Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Indien: Weiteres diskriminierendes Anti-Konversionsgesetz geplant

International Christian Concern - In einer eidesstattlichen Erklärung, die Anfang des Monats beim Obersten Gerichtshof Indiens eingereicht wurde, hat der nordwestliche Bundesstaat Rajasthan angedeutet, dass er beabsichtigt, so genannte Zwangsbekehrungen einzuschränken. Obwohl es sich dabei um kein Verbrechen handelt - trotz Tausender Anklagen über Jahrzehnte hinweg wurde bisher nur eine Person wegen Zwangskonvertierung verurteilt - ist das Gespenst der Zwangskonvertierung ein beliebtes Schreckgespenst für Hindu-Nationalisten, die behaupten, dass religiöse Minderheiten Hindus gewaltsam zu anderen Glaubensrichtungen bekehren.

Der Vorschlag in Rajasthan kommt, nachdem die nationalistische BJP-Partei die eher säkulare Kongresspartei bei den landesweiten Wahlen im vergangenen Dezember besiegt hat. Die BJP hat ähnliche Vorschläge in mehreren anderen indischen Bundesstaaten eingebracht. Derzeit haben 12 der 28 indischen Bundesstaaten ein solches Gesetz in Kraft: Arunachal Pradesh, Chhattisgarh, Gujarat, Haryana, Himachal Pradesh, Jharkhand, Karnataka, Madhya Pradesh, Odisha, Rajasthan, Uttarakhand und Uttar Pradesh.

Unter dem Deckmantel, die Bürger vor Zwang zu schützen, kriminalisieren diese Gesetze Konversionen so umfassend, dass fast alle religiösen Aktivitäten von Minderheiten verboten sind. Ein typisches Beispiel dafür ist das Anti-Konversionsgesetz von Uttar Pradesh, das den "Übertritt von einer Religion zu einer anderen durch falsche Darstellung, Gewalt, unzulässige Beeinflussung, Nötigung, Verlockung oder durch jegliche betrügerische Mittel" verbietet.

Obwohl das internationale Recht dieses Gesetz in Bezug auf das Verbot von Gewalt unterstützen würde, ist die Definition des Begriffs "Verlockung" in dem Gesetz erschreckend weit gefasst und steht selbst im Widerspruch zum internationalen Recht. Nach dem Gesetz von Uttar Pradesh umfasst die Verlockung "das Angebot jeglicher Versuchung", einschließlich "Belohnung, leicht verdientes Geld ... kostenlose Ausbildung in [einer] angesehenen Schule, die von einer religiösen Körperschaft betrieben wird ... besserer Lebensstil, [oder] göttliches Missfallen".

Nach dieser Definition könnte jede religiöse Aktivität als Versuch einer Zwangsbekehrung angesehen werden. Selbst etwas so Harmloses wie die Erläuterung der eigenen Auffassung von göttlichem Wohlgefallen und ewiger Belohnung ist nach diesem Gesetz strafbar.

Während diese Gesetze ihre Wurzeln im frühen postkolonialen Indien haben, das sich vor westlichen Kolonialisten fürchtete, die Hindu-Indianern ihre Religion aufzwingen wollten, werden die Gesetze auch Jahrzehnte später unter der Modi-Regierung - die 2014 an die Macht kam - weiter verbreitet, was zeigt, dass es bei diesen Gesetzen weniger um die Kolonialisten als vielmehr um die Bewahrung des hinduistisch dominierten Status quo geht.

In seinem Bericht vom März 2023 über Indiens Anti-Konversionsgesetze schreibt Luke Wilson, ein Forscher der United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF), dass "Indiens Durchsetzung von Anti-Konversionsgesetzen auf staatlicher Ebene darauf hindeutet, dass die Gesetze darauf abzielen, Konversionen zu missbilligten Religionen - wie dem Christentum und dem Islam - zu verhindern, und nicht darauf, vor erzwungenen Konversionen zu schützen."

Die ICC berichtet regelmäßig, wie diese Antikonversionsgesetze das religiöse Leben von Minderheiten in Indien erschweren. Wir arbeiten mit vielen Pastoren zusammen, die während eines Gottesdienstes von einem Mob angegriffen wurden, weil der Gesang und die Anbetung einen Hindu dazu bringen könnten, zum Christentum zu konvertieren. Ähnliche Übergriffe des Mobs finden auch außerhalb von Gottesdiensten statt und richten sich manchmal gegen kirchliche Hilfsprogramme wie Lebensmittel- oder Kleiderverteilungen.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Japan: Erste katholische Kirche Tokios feiert 150jähriges Gründungsjubiläum

Tokio (Fides) - "Wie vor 150 Jahren stehen wir heute vor vielen Herausforderungen, aber unsere Hoffnung ist genauso stark wie damals, wie die der Missionare, die diese Kirche gebaut haben, wie die der katholischen Gemeinschaft von damals", so der Erzbischof von Tokio, Tarcisius Isao Kikuchi, der seit dem 13. Mai 2023 auch Präsident von Caritas Internationalis ist, anlässlich der Feiern zum des 150jährigen Gründungsjubiläum der Kirche von Tsukiji, der ersten katholischen Kirche in der Erzdiözese Tokio, die dem heiligen Josef geweiht ist.

In seiner Predigt zeichnete Erzbischof Kikuchi am 30. Juni die Geschichte dieses als "Alte Kathedrale" bekannten Gotteshauses nach und betonte die großen Schwierigkeiten, mit denen die ersten Missionare konfrontiert waren, sowie die unerschütterliche "Hoffnung und Zusammenarbeit zwischen ausländischen Missionaren und den japanischen Gläubigen, auf der die japanische Kirche aufgebaut wurde".

Heute hat sich die Situation geändert, aber die Herausforderung ist immer noch groß angesichts einer schrumpfenden Bevölkerung und einer alternden Gesellschaft. "Die Kirche existiert in dieser Realität, und genau wie die Missionare vor 150 Jahren sind wir trotz der Sorgen zuversichtlich", betont der Erzbischof.

Der Bischof rief auch zum Frieden für die Ukraine, Gaza und Myanmar auf... "Es scheint, dass die Welt zunehmend von Gewalt beherrscht wird, die das Leben missachtet. In diesen Situationen sind wir eine Kirche, die das Licht der Hoffnung ausstrahlt. Dieses Licht wird durch gegenseitige Unterstützung, Synodalität, Solidarität und vor allem durch die Gegenwart des Herrn, der mit uns geht, entzündet", betont er.

Die von der Pariser Gesellschaft für Auslandsmissionen (M.E.P.) gegründete Kirche in Tsukiji wurde im November 1874 eingeweiht. Mit der Gründung der Erzdiözese Tokio im Jahr 1891 wurde sie in den Rang einer Kathedrale erhoben. Im Jahr 1920 wurde die Marienkirche zur Kathedrale von Tokio. Im Jahr 1923 wurde die Kirche in Tsukiji während des schweren Kantō-Erdbebens zerstört und 1927 wiederaufgebaut. Am 1. Juni 1999 wurde sie von der japanischen Regierung als historisches Gebäude in Tokio anerkannt.

Die Evangelisierung Japans begann mit der Landung des großen Missionars, Missionspatrons und Evangelisators des Ostens, des Jesuiten Franz Xaver, am 15. August 1549 auf dem Archipel. Später kamen Franziskaner, Dominikaner, Augustiner und französische Missionare der M.E.P. in das Land, die nicht nur missionarisch tätig waren, sondern auch fortschrittliche Technologien und Ideen aus dem damaligen Westen einführten und Schulen und medizinische Einrichtungen gründeten. Die Jesuiten waren nicht nur die Pioniere der Mission, sondern auch die zahlreichsten Gruppe von Missionaren. Sie widmeten sich insbesondere der Inkulturation in der Mission der Evangelisierung, indem sie die japanische Sprache und die lokalen traditionellen Bräuche erlernten.

Die Geschichte besagt, dass der Kampaku (politischer und militärischer Führer) Hideyoshi, "Marschall der Krone", 1587 das erste Edikt gegen das Christentum erließ und ausländische Missionare zwang, das Land zu verlassen. Die Gemeinde und die Missionare arbeiteten jedoch weiterhin im Verborgenen. Zehn Jahre später, am 5. Februar 1597, begannen die ersten Verfolgungen mit der Kreuzigung von 26 Katholiken (6 Franziskaner, 3 Jesuiten und 17 Japaner), die heute von der katholischen Kirche zu Heiligen erhoben wurden. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Abschottungspolitik Japans durch das Beharren der Westmächte auf Offenheit in Frage gestellt, was der katholischen Kirche die Möglichkeit gab, ihre Mission in Japan wieder aufzunehmen. So errichtete der Heilige Stuhl 1846 das Apostolische Vikariat Japan und übertrug seine Verwaltung den französischen Auslandsmissionen in Paris. Am 28. März 1960 ernannte Papst Johannes XXIII. Tatsuo Doi, damals Erzbischof von Tokio, zum ersten japanischen Kardinal.

"Die japanische Kirche basiert im Wesentlichen auf der Zusammenarbeit zwischen Missionaren und einheimischen Gläubigen", bekräftigte Erzbischof Kikuchi.

(NZ) (Fides 05/07/2024)

# Kasachstan: Von muslimischen Verwandtschaft schwer bedrängt

(Anuar Tuleuow (Almaty, Leiter von LICHT IM OSTEN Kasachstan) hat mit seinen Mitarbeitern zusammen im letzten Jahr ein Album aufgenommen mit christlichen Liedern und diese auf ihrem Telegram-Kanal allen zugänglich gemacht. Viele sind dankbar dafür, andere, die mit dem Glauben an Christus nichts zu tun haben wollen, haben Hass-Botschaften geschickt. Man hat sogar versucht, ihren Standort herauszufinden und sie haben die Aufforderung bekommen, ihren Kanal zu schließen. Das haben sie nicht getan haben. **Bitte beten Sie**

> dafür, dass Gott seine Hand über alle Veröffentlichungen von LICHT IM OSTEN Kasachstan hält. „Unsere Bücher und Zeitschriften schicken wir meistens per Post oder Taxi an die Gemeinden, aber oft kommen auch Glaubensgeschwister verschiedener Konfessionen zu uns und nehmen unsere Materialien mit. Ein Glaubensbruder packte eine schwere Kiste mit Büchern und Zeitschriften und verteilte sie in ganz Ostkasachstan ... Ende 2023 haben wir 11.000 Kalender gedruckt und in alle Regionen des Landes verschickt (mit Lastwagen und Überlandtaxi). Sie sind sehr gefragt, die Menschen sind im Allgemeinen offen für die Kalender und die verschiedenen Gemeinden verteilen sie auf unterschiedliche Weise.“ **Bitte beten Sie**

> um Bewahrung für alle Christen, die sich in diesem Dienst einbringen. Christen werden in Kasachstan sehr oft von ihrer muslimischen Verwandtschaft schwer bedrängt.

> dass Gottes Geist durch all diese christlichen Medien in den Herzen der Menschen, die sie lesen oder hören, wirkt, Glauben weckt und wachsen lässt.

> für die jungen Leute, die die Jugendstunden in der Missionszentrale besuchen. Es kommen immer wieder neue Personen dazu, z.B. Studenten.

> für Aktionen wie Ausflüge mit Jugendlichen.

> für Marat und Gulmira, die im vergangenen Jahr einen schweren Unfall in der Nähe von Almaty hatten. „Jetzt werden sie in unserer Stadt behandelt, wir besuchen sie, haben Gemeinschaft miteinander, geben ihnen immer wieder das Abendmahl und bemühen uns, sie nach Möglichkeit zu ermutigen ... Den Ärzten zufolge gibt es keine Hoffnung auf Gulmiras Genesung, aber unsere Geschwister vertrauen trotz der Schmerzen und des Leids auf den Herrn.“

# Malaysia: Regierungsbeamtin der christlichen Evangelisation beschuldigt

International Christian Concern - Ein ehemaliger hoher Polizeibeamter hat die malaysische Jugend- und Sportministerin Hannah Yeoh beschuldigt, zu evangelisieren und Malaysia in eine christliche Nation verwandeln zu wollen.

Die Anschuldigungen wurden bekannt, nachdem Yeoh eine Verleumdungsklage gegen Tan Sri Musa Hassan, den ehemaligen Generalinspektor der Polizei, wegen früherer aufrührerischer Kommentare eingereicht hatte. Aus den Gerichtsakten geht hervor, dass Hassan dazu befragt wurde, ob es vertrauliche Dokumente oder Beweise zur Untermauerung seiner Behauptungen gebe. Hassan bestätigte unter Eid, dass es keine solchen Beweise gab.

Yeohs Verleumdungsvorwürfe gehen auf eine Rede zurück, die Hassan 2020 an einer Universität hielt und in der er behauptete, ihre Autobiografie sei ein Buch, das Malaysier zum Christentum bekehren solle. Yeohs Buch "Becoming Hannah, A Personal Journey" beschreibt ihr Leben und ihren Glauben als Christin und ihren Einstieg in die Politik.

Yeoh behauptet, Hassans Äußerungen seien falsch gewesen und hätten ihr politisch schaden sollen. Der Prozess geht weiter. Etwa 9 % der Malaysier sind Christen, mehr als 60 % sind Muslime. Yeohs Fall ist angesichts des Drucks, dem die christliche Minderheit in vielen Bereichen der malaysischen Gesellschaft ausgesetzt ist, vom Alltagsleben bis hin zu den Schaltstellen der politischen Macht des Landes, von Bedeutung.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Nigeria: Islamische Extremisten töten 6-jähriges Mädchen und zwei weitere Christen

International Christian Concern - Mutmaßliche islamische Fulani-Extremisten stürmten am Sonntagabend, den 30. Juni, eine christliche Gemeinde im Chawai Chieftdom of Kuru LGA of Kaduna State und töteten eine ältere Frau und ihre beiden Enkelkinder.

Bei den Toten im Dorf Loh handelte es sich um Jummai Simon, 6, Sarah Simon, 15, und Jummai Aruwa, 75.

Ein Jugendleiter aus der Gegend äußerte sich traurig über den Angriff und fügte hinzu, dass die Angreifer sie terrorisierten und ihre Existenz bedrohten, mit dem einzigen Ziel, sie alle zu vernichten.

In Süd-Kaduna, einer von Christen dominierten Region im Bundesstaat Kaduna, gab es in den letzten Jahren zahlreiche Anschläge, Morde und Entführungen durch islamische Extremisten.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Nigeria: Selbstmordattentate gegen Muslime treffen auch Christen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/11.07.24 - Christliche Führungspersonlichkeiten in Nigeria zeigten sich schockiert und bestürzt über die Selbstmordattentate in Gwoza im Bundesstaat Borno am Samstag (29. Juni), bei denen sowohl Muslime als auch Christen getötet wurden.

"Wir sind besorgt über das Wiederaufleben der Selbstmordattentate in unserem Land und die Bedrohung, die sie für das Leben und die Existenzgrundlage der Nigerianer darstellen", sagte Erzbischof Daniel Okoh, Präsident der Christian Association of Nigeria (CAN), in einer Erklärung, die am Mittwoch (3. Juli) im Namen der nigerianischen christlichen Führer veröffentlicht wurde. "Dieser sinnlose Gewaltakt erinnert uns eindringlich an das Böse, das der Terrorismus darstellt, und an die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens, um ihn zu besiegen.

Nach einem Selbstmordattentat einer Frau bei der Hochzeit eines muslimischen Paares folgten mindestens zwei weitere Selbstmordattentate an anderen Orten, bei denen mehr als 30 Menschen getötet und viele weitere verletzt wurden, sagte der nigerianische Vizepräsident Kashim Shetim.

Die beiden folgenden Bombenanschläge am Samstag (29. Juni) galten einer Beerdigung und einem Krankenhaus in Gwoza, nahe der Grenze zu Kamerun. Niemand hat die Verantwortung für die Bombenanschläge übernommen, obwohl die islamische Extremistengruppe Boko Haram und die Terrorgruppe, mit der sich eine Fraktion verbündet hat, die Provinz Islamischer Staat Westafrika (ISWAP), seit langem in der Region aktiv sind und verdächtigt werden.

Die bei den Anschlägen am Samstag getöteten muslimischen Opfer wurden sofort zur Beerdigung auf den Friedhof der Stadt gebracht, wo die zweite Selbstmordattentäterin zuschlug.

Da Boko Haram und ISWAP von einer radikalen islamistischen Ideologie geleitet werden, behandeln sie Muslime, die sich nicht zu ihrer Überzeugung bekennen, als "Ungläubige" und nehmen sie ebenso ins Visier wie Christen.

Boko Harams 15 Jahre andauernde Bestrebungen, die *Scharia* (islamisches Recht) in ganz Nigeria einzuführen, haben ihren Ursprung im Bundesstaat Borno, wo sie mehr als 2 Millionen Menschen vertrieben und über 40 000 Menschen getötet haben.

Okoh lobte die Sicherheitskräfte für ihre Bemühungen zur Eindämmung des Terrorismus.

"Wir ermutigen sie, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen, da jede notwendige Intervention willkommen ist, um einen Rückfall in die dunklen Tage der Selbstmordattentate zu verhindern", sagte er. "Wir dürfen nicht nachlassen, denn die Situation könnte eskalieren und nicht nur unschuldige Menschenleben, sondern auch Gotteshäuser und andere große Versammlungen in Mitleidenschaft ziehen."

Der Präsident der Kirche Christi in den Nationen (COCIN), Pfarrer Amos Mohzo, stammt aus dem Bezirk Gwoza. Er sagte gegenüber Christian Daily International-Morning Star News, er habe bei den Angriffen einige Kirchenmitglieder und Verwandte verloren.

Pastor Mohzo forderte die Regierung auf, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um Terroristen in Nigeria zu stoppen.

**Nigeria ist nach wie vor der tödlichste Ort in der Welt, an dem man Christus nachfolgen kann:** 4.118 Menschen wurden zwischen dem 1. Oktober 2022 und dem 30. September 2023 wegen ihres Glaubens getötet, so der Bericht der World Watch List (WWL) 2024 von Open Doors. In Nigeria wurden auch mehr Christen entführt als in jedem anderen Land, nämlich 3.300.

Nigeria war auch das Land mit der dritthöchsten Anzahl von Angriffen auf Kirchen und andere christliche Gebäude wie Krankenhäuser, Schulen und Friedhöfe, mit 750, so der Bericht.

<https://morningstarnews.org/2024/07/christian-leaders-in-nigeria-respond-to-gwoza-attacks/>

# Nigeria: Terroristen legen 70 Kirchen in Nigeria lahm

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/11.07.24 - Terroristische Angriffe haben eine Glaubensgemeinschaft gezwungen, 70 Kirchen im zentralnigerianischen Bundesstaat Plateau zu schließen.

Im Nordwesten des Landes wurde ein entführter Priester am 7. Juli freigelassen.

Pfarrer Amos Mohzo, Präsident der Kirche Christi in den Nationen (COCIN), erklärte gegenüber Christian Daily International-Morning Star News, dass Angriffe von Fulani-Hirten und anderen Terroristen 70 Gemeinden in den Bezirken Mangu und Bokkos im Bundesstaat Plateau in den letzten zwei Jahren gezwungen haben, ihre Gottesdienste einzustellen.

Die Angriffe zu Weihnachten im vergangenen Dezember hätten die COCIN-Gemeinden direkt betroffen, sagte er.

"Mitglieder wurden getötet, Menschen verloren ihre Häuser, viele sind traumatisiert, und wir konnten nichts tun", sagte Pastor Mohzo. "Wir waren gestrandet, aber wir mussten uns der Herausforderung stellen, und Weihnachten wurde von den vertriebenen Christen in den Lagern für Binnenflüchtlinge trotz der Tragödie gefeiert."

In der Region Mangu zwangen die Angriffe mindestens 40 COCIN-Gemeinden zur Schließung, sagte er.

"Die meisten dieser Mitglieder unserer Kirche wurden vertrieben, und viele von ihnen leben in Lagern außerhalb ihrer Gemeinden", sagte Pastor Mohzo. "Die meisten dieser Christen sind von einem Ort zum anderen gezogen, um zu überleben oder Hilfe zu finden."

In der Region Bokkos habe die Glaubensgemeinschaft etwa 30 Gemeinden verloren.

"Alle unsere Gotteshäuser in diesen Gemeinden wurden von den Terroristen niedergebrannt", sagte Pastor Mohzo. "Binnenvertriebene Christen aus diesen Gemeinden leben immer noch in Lagern außerhalb ihrer Gemeinden. Und selbst jetzt sind die meisten von ihnen, die Bauern sind, nicht in der Lage, auf ihre Höfe zu gehen".

In einigen Fällen haben die Christen, die es gewagt haben, auf ihre Höfe zurückzukehren, Gemeinschaftsgruppen gebildet, um sich sicherer zu fühlen.

"Trotzdem ist es für unsere vertriebenen Kirchenmitglieder immer noch schwierig, auf ihre Höfe zu gehen und dort produktive Tätigkeiten auszuüben, weil sie ständig von bewaffneten Terroristen, Hirten und Banditen angegriffen werden", sagte er. "Angesichts dieser Entwicklungen bemühen wir uns darum, dass unsere Kirchenmitglieder, die diese Angriffe überlebt haben und in Lagern außerhalb ihrer Gemeinden leben, wieder in ihre Gemeinden zurückkehren können; aber dann müssen wir nicht nur die Gottesdienstgebäude, sondern auch ihre abgebrannten Häuser wieder aufbauen."

Gleichzeitig wurden die evangelistischen Einsätze von COCIN im Nordosten Nigerias durch Angriffe von Boko Haram und der Provinz Islamischer Staat Westafrika (ISWAP) behindert.

"Ich komme aus dem Nordosten Nigerias, aus der Gwoza Local Government Area, genauer gesagt aus der Stadt Limankara, und mein Dorf ist Ngoshe Sama, das in den Hügeln liegt", sagt Mohzo. "Boko Haram hat das Dorf vor Jahren übernommen, und sie sind immer noch dort. Diese von Boko-Haram-Terroristen besetzten Hügel überblicken die Städte Limankara und Gwoza. Diese Terroristen kommen von den Hügeln herunter, um unsere Gemeinden anzugreifen, und ziehen sich dann in die Hügel zurück."

Bei den Angriffen am 29. Juni in Gwoza seien sowohl Christen als auch Muslime getötet und verstümmelt worden, sagte er.

"Wir leben als eine Gemeinschaft zusammen", sagt Mohzo. "Doch mit dem Aufstand, dem Auftauchen von Boko Haram im Bundesstaat Borno, wurden viele unserer Leute getötet, andere wurden vertrieben und in andere Gebiete Nigerias umgesiedelt. Diejenigen, die nicht wissen, wohin sie gehen sollen, mussten zurückbleiben und sich dafür entscheiden, zu sterben, wenn sie von den Terroristen angegriffen werden."

Das Leben sei für die Überlebenden nicht einfach.

"Sie können wegen der Terroristen nicht auf ihre Höfe gehen und sind daher auf die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen angewiesen", sagte er. "Und angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Notlage im Land sind auch die Nichtregierungsorganisationen nicht in der Lage, diese vertriebenen Christen zu versorgen."

Die große Zahl der Entführungen hat es der COCIN schwer gemacht, Geld für das Lösegeld für einen ihrer Pastoren, Pfarrer Paul Musa, aufzubringen, der [zusammen mit seiner Frau](#) im März 2023 von Boko-Haram-Terroristen entführt wurde.

"Wir als Kirche sind gehandicapt, weil es unmöglich ist, Geld aufzubringen, um Lösegeld an Terroristen zu zahlen, um die Freilassung von gefangen gehaltenen Pastoren sicherzustellen", sagte er gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. "Das liegt daran, dass fast überall im Norden Nigerias unsere Kirchenmitglieder und Pastoren von Terroristen entführt werden. Wo können wir also große Geldsummen auftreiben, um sie von ihren Entführern zu befreien?"

Die Leiter von COCIN haben jedoch an Einzelpersonen und Organisationen appelliert, sich für die Freilassung von Pastor Musa und anderen gefangenen Kirchenmitgliedern einzusetzen. Pastor Musa und seine Frau werden seit mehr als einem Jahr gefangen gehalten.

"Ich habe kürzlich seine Kinder besucht", berichtet Mohzo. "Sie sind traumatisiert. Sie flehten mich an, für die Freilassung ihrer Eltern zu sorgen, und ich sagte ihnen, dass ich, wenn es in meiner Macht steht, nicht zulassen werde, dass ihre Eltern auch nur eine Sekunde lang in Gefangenschaft bleiben, aber das können wir nicht. Die Kinder weinen ständig um ihre Eltern. Es tut mir im Herzen weh, diese Kinder auf diese Weise zu sehen."

Musas Entführer stellten Ende Juni ein Ultimatum mit der Drohung, ihn zu töten, wenn das Lösegeld nicht innerhalb einer Woche gezahlt würde.

"Das Ultimatum ist abgelaufen, denn die Drohung der Terroristen liegt nun schon über eine Woche zurück, und von den Entführern ist nichts mehr zu hören", sagte Pastor Mohzo. "Wir appellieren an die Entführer von Pastor Musa und seiner Frau, sie bitte freizulassen. Sie sollten sich des Paares erbarmen und sie freilassen".

Er sagte, dass auch der Nordwesten Nigerias von Terroranschlägen heimgesucht wurde.

"Auch unsere Kirchen im Nordwesten des Landes werden von Terroristen nicht verschont. Die Christen im Nordwesten Nigerias leiden ebenfalls unter den Angriffen der Terroristen", sagte er. "Die Evangelisierungsaktivitäten wurden in diesem Teil des Landes behindert. Wie können wir das Leben derer, die zum Dienst berufen sind, absichtlich aufs Spiel setzen und gefährden, wenn wir wissen, dass sie zur Zielscheibe von Terroranschlägen werden?"

### **Priester freigelassen**

Im nordwestlichen nigerianischen Bundesstaat Zamfara wurde der römisch-katholische Priester Mikah Suleiman am Sonntag (7. Juli) freigelassen, nachdem er am 22. Juni entführt worden war, wie die Diözese Sokoto der Kirche mitteilte. Er und die Kirchenvertreter gaben weder bekannt, wer ihn entführt hatte, noch die Bedingungen für seine Freilassung.

"Ich möchte Ihnen für Ihre Gebete und Ihre Unterstützung bei meiner Rettung danken", sagt Suleiman in einem Video, das von der Diözese am Sonntag veröffentlicht wurde. "Durch die Gnade Gottes bin ich aus den Händen der Banditen befreit."

Der Kommunikationsdirektor der Diözese Sokoto, Pascal Salifu, dankte "den Behörden und allen Beteiligten, die zur Freilassung von Pater Mikah beigetragen haben."

<https://morningstarnews.org/2024/07/terrorists-shut-down-70-churches-in-nigeria-priest-released/>

# Österreich: Amokfahrer schon vorher in Pfingstkirchen auffällig

## Der aus Rumänien stammende Mann befindet sich in Untersuchungshaft

Brunn am Gebirge (IDEA) – Der Amokfahrer, der am 8. Juli in das Gebäude einer rumänischen Pfingstkirche in Österreich gefahren ist, war schon zuvor mehrfach auffällig. Das berichtet die katholische Nachrichtenagentur „Kathpress“. Ihr gegenüber erklärte der Pastor der betroffenen Gemeinde ELIM in Brunn am Gebirge (Bezirk Wien), Ruben Avram, dass der 32-jährige Täter weder ein Gemeindemitglied sei noch am Gemeindeleben teilgenommen habe. Er bestätigte aber, dass der gebürtige Rumäne vor einigen Wochen eine Bibel in der ELIM zerrissen und dabei „Gott wird euch schlagen“ gerufen habe. Der Mann habe aber auch in anderen Gemeinden randaliert. In einem Fall habe ihm die Polizei ein Hausverbot erteilt, so der Pastor. Zum Hintergrund: Medienberichten zufolge lenkte der seit 2020 in Österreich lebende Rumäne seinen 12 Tonnen schweren Lkw mehrfach in das 2021 eröffnete Gebäude der ELIM-Gemeinde. Bei der anschließenden Verhaftung nannte er religiöse Gründe für seine Tat: Die Gemeinde habe sein Leben zerstört. Laut Avram wiederholte der Täter auch die Drohung „Gott wird euch schlagen“. Am 10. Juli entschied das Landesgericht in der Wiener Neustadt, dass der Beschuldigte in Untersuchungshaft muss. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen schwerer Nötigung, schwerer Sachbeschädigung und Gefährdung der körperlichen Sicherheit.

## Kein Hinweis auf den Grund der Tat

Nach dem aktuellen Kenntnisstand von Avram ist der Mann kein Mitglied einer Pfingstkirche in Österreich. Er wisse nicht, wo oder wie der Hass des Mannes entstanden sei. Avram: „Die Kirche ist ein Ort, an dem Menschen Heilung finden sollen und wo ihnen auch – wenn sie das wollen – geholfen wird.“ Wenn jemand Distanz zur Kirche haben wolle, solle er das tun, „jedoch nicht das Verschulden bei den Gemeinden oder der Kirche selbst suchen“. Der Pastor war bei dem Vorfall im Gebäude und hatte mit einem Paar ein Ehevorbereitungsgespräch geführt. Gemeinsam mit dem Paar und weiteren Gemeindemitgliedern habe er versucht, sich in Sicherheit zu bringen. Aktuell sei die Kirche für Gottesdienste und Gemeindeaktivitäten gesperrt. Es seien aber bereits Gutachter und Statiker vor Ort gewesen, die eine Einsturzgefährdung aktuell ausschließen, sagte Avram.

# Österreich: Lkw-Fahrer fährt aus Wut mehrfach in Pfingstkirche

**Er hatte zwei Wochen zuvor eine Bibel in der Gemeinde zerrissen**

Brunn am Gebirge (IDEA) – In Österreich ist ein 32-Jähriger Lastwagenfahrer absichtlich in eine rumänische Pfingstkirche in Brunn am Gebirge (Bezirk Wien) gefahren. Als Motiv dafür nannte der Mann religiöse Gründe. Die Kirche habe sein Leben zerstört. Der Vorfall ereignete sich am 8. Juli gegen 16:45 Uhr. Medienberichten zufolge lenkte der seit 2020 in Österreich lebende Rumäne seinen Lkw gleich mehrfach in das 2021 eröffnete Gebäude der ELIM-Gemeinde. Zum Zeitpunkt des Vorfalls hielten sich drei Personen im Gotteshaus auf, darunter der Pastor. Verletzt wurde jedoch niemand. Nach Angaben der Polizei ist der Schaden am Haus jedoch immens. Es besteht Einsturzgefahr. Nach der Tat ließ sich der Angreifer von der Polizei widerstandslos festnehmen und wurde in die Justizanstalt Wiener Neustadt eingeliefert. Wie der Polizeisprecher Johann Baumschlager erklärte, ist der Mann schon vorher auffällig geworden. Zwei Wochen vor dem Vorfall habe der Rumäne in der Gemeinde eine Bibel zerrissen und davon gesprochen, dass die Kirche sein Leben zerstört habe. Auf dem Weg zu seiner jetzigen Tat sei der Mann bereits in fünf Unfälle verwickelt gewesen. Bei einem habe er eine Fußgängerin gestreift und leicht verletzt. Bei den anderen vier Unfällen sei es bei Sachschäden an Fahrzeugen geblieben. Gegen den Rumänen wird nun wegen vorsätzlicher Gemeingefährdung und schwerer Sachbeschädigung ermittelt. Aufgrund des religiösen Motivs übernahm das Landesamt für Staatsschutz und Extremismusbekämpfung die Untersuchung.

# Pakistan: 14-jähriges christliches Mädchen zur Scheinkonversion/-heirat entführt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/11.07.24 - Erneut ([vgl. Bericht letzten Monat](#)) ist christliches Mädchen in Pakistan, dieses Mal 14 Jahre alt, Opfer einer Zwangskonvertierung/-heirat durch einen muslimischen Entführer geworden.

Khalid Masih, ein 48-jähriger katholischer Arbeiter in Islamabad, sagte, dass ein Nachbar, Haider Ali, seine Tochter Alina Khalid am 24. Juni aus ihrem Haus in der Khanna Pul Gegend von Islamabad entführt hat.

"Einige Nachbarn erzählten uns, dass sie an dem Tag, an dem Alina verschwand, ein nicht identifiziertes Mädchen vor unserem Haus gesehen hatten", so Masih gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. "Als wir begannen, nach ihr zu suchen, erfuhr ich, dass Haider Ali, ein 27-jähriger Metzger aus unserer Nachbarschaft, Alinas Entführung geplant hatte."

Er erstattete noch am selben Tag Anzeige bei der Khanna-Polizei, die aber nichts unternahm.

"Die Anzeige wurde erst am 25. Juni registriert, was dem Angeklagten genügend Zeit gab, unterzutauchen", so Masih.

Am 27. Juni erfuhr die Familie Masih, dass ihre Tochter gewaltsam zum Islam konvertiert und mit Ali verheiratet worden war, sagte er.

"Wir erfuhren von Alinas Konvertierung und Heirat, nachdem sie vor Gericht eine Aussage gemacht hatte, in der sie angeblich behauptete, sie habe ihren Glauben gewechselt und Ali aus freien Stücken geheiratet", so Masih.

Auf der *Nikah Nama* (islamische Heiratsurkunde) wird Alinas Alter mit 19 Jahren angegeben, aber es fehlt die Nummer ihres Personalausweises, sagte er.

Typischerweise werden in Pakistan entführte Mädchen, manche erst 10 Jahre alt, unter dem Deckmantel solcher islamischen "Ehen" entführt, zum Übertritt zum Islam gezwungen und vergewaltigt und dann unter Druck gesetzt, falsche Aussagen zu Gunsten der Entführer zu machen, sagen Menschenrechtsaktivisten. Richter ignorieren routinemäßig dokumentarische Beweise über das Alter der Kinder und geben sie den Entführern als deren "legale" Ehefrauen zurück.

Masih sagte, dass seine Tochter nicht freiwillig mit Ali gegangen sein kann.

"Alina hatte kein Telefon und ging nie allein aus dem Haus, also glaube ich nicht, dass sie direkten Kontakt zu Ali hatte", sagte er. "Er hat sie mit dem einzigen Ziel entführt, sie sexuell auszubeuten. Wie alle anderen Opfer wurde auch Alina gezwungen, das zu tun, was ihr Entführer sagte."

Der Polizei sei es nicht gelungen, Alina wiederzufinden und den Verdächtigen vor Gericht zu stellen, fügte er hinzu.

Masih steht bei seinem Kampf um Alina vor einer gewaltigen Herausforderung.

"Meine Frau leidet an Hepatitis C und ist außerdem Diabetikerin", sagte er. "Ihr Gesundheitszustand hat sich durch das Trauma von Alinas Entführung verschlechtert. Der Schmerz über den Verlust unseres Kindes und die Gedanken an ihr Leiden in der Gefangenschaft halten uns beide die ganze Nacht wach. Möge Gott uns gnädig sein und unser Kind retten!"

Safdar Chaudhry, Vorsitzender des in Islamabad ansässigen „Raah-e-Nijaat-Ministry“, sagte, dass die Polizei nur langsam gehandelt habe.

"Die Anzeige wurde auf unsere Intervention hin erst fast 26 Stunden nach dem Vorfall registriert", so Chaudhry. "Hätte die Polizei rechtzeitig gehandelt, hätte der Beschuldigte verhaftet werden können, aber die Untätigkeit hat ihn verschwinden lassen."

Der Sozialaktivist forderte Gesetzesreformen, um die Ausbeutung von minderjährigen Mädchen aus Minderheiten zu stoppen.

"Auch die Polizei muss sich ihrer Verantwortung bewusst werden und sollte aufhören, den Tätern zu helfen. Das Gleiche gilt für die pakistanischen Gerichte, die solche Scheinheiraten rechtlich absichern", sagte er.

## Neuer Gesetzentwurf

Um [die Heirat von Minderjährigen](#) in der Provinz Punjab [zu kriminalisieren](#), hat die Provinzregierung von Punjab am 25. April das Gesetz zur Einschränkung von Kinderehen (Punjab Child Marriage Restraint Act, 2024) in die Provinzversammlung von Punjab eingebracht, mit dem das gesetzliche Heiratsalter für Männer und Frauen auf 18 Jahre angehoben werden soll. Zuvor lag das gesetzliche Heiratsalter für Mädchen in Punjab bei 16 Jahren.

Nach dem Gesetzentwurf würde jeder, der ein Mädchen oder einen Jungen unter 18 Jahren heiratet oder eine solche Ehe arrangiert - einschließlich der Eltern oder Erziehungsberechtigten - mit zwei bis drei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe zwischen 100.000 pakistanischen Rupien (360 US-Dollar) und 200.000 Rupien (720 US-Dollar) bestraft.

Bei der Registrierung der Eheschließung prüfen der Trauzeuge, der Sekretär des Gewerkschaftsrats und der Standesbeamte die Computerized National Identity Card (CNIC) des Mädchens oder des Jungen, den Reisepass, das Schulzeugnis oder andere Dokumente, die belegen, dass beide mindestens 18 Jahre alt sind. Beglaubigte Kopien dieser Dokumente müssen dem Antrag auf eine Heiratsurkunde beigelegt werden.

Rechtsaktivisten sagen, dass die Anhebung des gesetzlichen Heiratsalters auf 18 Jahre sowohl für Jungen als auch für Mädchen zwar dazu beitragen wird, Kinderehen zu verhindern, dass aber bestimmte Änderungen erforderlich sind, um sicherzustellen, dass auch Mädchen, die einer Minderheit angehören, in den Genuss des Gesetzes kommen. Solche Änderungen würden alle "speziellen" Gesetze und Maximen zur Bestimmung des Reifealters von Mädchen außer Kraft setzen, sagen sie, einschließlich der *Scharia* (islamisches Recht), nach der Mädchen, die die Pubertät erreichen, als Erwachsene gelten.

Ein christlicher Gesetzgeber, der kürzlich zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses für Minderheitenangelegenheiten und Menschenrechte ernannt wurde, lobte den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf, sagte jedoch, er enthalte keine Bestimmung in Bezug auf Mädchen aus Minderheiten, die wegen der Heirat "ihren Glauben wechseln".

"Wir arbeiten an einem Änderungsantrag, um dieses Problem zu lösen, und hoffen, dass alle Parteien in der Punjab-Versammlung unsere Haltung unterstützen werden", sagte Ejaz Alam Augustine. "Unser Ziel ist es, sicherzustellen, dass Mädchen, die einer Minderheit angehören, in gleicher Weise geschützt werden wie muslimische Mädchen".

Augustine, ein ehemaliger Minister für Minderheitenangelegenheiten und Menschenrechte in Punjab während der Regierung von Premierminister Imran Khan (2018-2022), sagte, er habe 2021 einen Gesetzentwurf zur Verhinderung von Zwangskonvertierungen und Zwangsverheiratungen von Minderheitenmädchen vorgelegt, der aber auf Druck von Hardliner-Muslimen nicht zur Diskussion gestellt wurde.

"Jetzt gibt es etwas Hoffnung, und ich denke, es ist der beste Zeitpunkt, um ein Gesetz zu verabschieden, das Mädchen unabhängig von ihrer Glaubenszugehörigkeit schützt", sagte er gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

<https://morningstarnews.org/2024/07/christian-girl-14-taken-for-sham-conversion-marriage-in-pakistan/>

# Pakistan: Lebendig verbrannt

Christen weltweit gehen durch unvorstellbares Leid. Pakistan ist eines der Länder, in denen das Leben als Christ besonders gefährlich ist.

(AVC) Vor kurzem erhielten wir eine erschütternde Nachricht unseres Partners aus Pakistan. Ein Christ wurde der Blasphemie beschuldigt. Beweise gab es - wie meistens in solchen Fällen - keine. Ein wütender Mob ergriff den Mann und schlug brutal auf ihn ein. Polizisten konnten ihn der Menge entreißen und auf die Wache bringen. Diese wurde daraufhin vom Mob gestürmt und niedergebrannt. Der Bruder wurde ergriffen und auf der Straße bei lebendigem Leib verbrannt.

Unser Partner hat uns ein Video von diesem Lynchmord zugesandt. Man kann es nicht zeigen. Es ist zu grausam. Solche bestialischen Übergriffe auf Christen sind kein Einzelfall und können sich jederzeit wiederholen. Die Christen in der Region sind geschockt und sie haben Angst. Bitte betet für Pakistan und die Brüder und Schwestern in diesem Land!

## Wir beten

- ... für die Familien der ermordeten Christen,
- ... für Schutz und Bewahrung der Christen in Pakistan,
- ... dass Polizei, Behörden und Gerichte den Christen Gerechtigkeit zuteilwerden lassen,
- ... für eine gewaltige Erweckung unter den Muslimen.

# Russland: Gebet für Bewahrung

(Licht im Osten) Pjotr berichtet: „Anfang Mai fand auf unserem Freizeitgelände ein Jugendturnier in verschiedenen Sportarten statt: Volleyball, Basketball und Tischtennis. Jugendliche aus acht Städten nahmen teil. Unser Schwerpunkt lag natürlich darauf, glaubensferne Jugendliche zu gewinnen. In diesem Jahr kamen mehr als 150 Personen zu dem Turnier. Jeden Morgen und Abend gab es Zusammenkünfte, in denen gläubige Jugendliche erzählten, wie sie zum Glauben gekommen waren. Das Evangelium wurde verkündigt. Etwa 30% der Jugendlichen waren gemeindefremd. Einige von ihnen waren schon in den vergangenen Jahren dabei gewesen und brachten diesmal ihre Freunde mit. Im Verlauf des Tages hatten die anwesenden Pastoren in den Spielpausen eine gute Gelegenheit, die neuen jungen Leute kennenzulernen und mit ihnen zu sprechen. So konnte auch ich jeden Tag mit Jugendlichen über den Glauben an den Herrn sprechen. Keiner von ihnen hatte je zuvor eine Bibel in der Hand gehabt, geschweige denn gelesen. Sie waren alle ohne Ausnahme offen für ein Gespräch, und es waren sehr gute Gespräche.“ Einige haben zu einer persönlichen Glaubensbeziehung zu Christus gefunden.

- > „Ich bitte Sie sehr, für alle diese jungen Menschen zu beten, die das Evangelium gehört haben.“ „Im Moment führe ich das Bibelstudium mit zwei drogenabhängigen Familien fort. Da ist zum einen Boris ...

Und sein Freund Nikita mit seiner Frau Polina, beide 24 Jahre alt. Sie sind drogenabhängig, hängen an der Spritze und haben eine vier Monate alte Tochter. Leider wollen sie nicht in ein Rehabilitationszentrum gehen. Aber für das Bibelstudium haben sie zugesagt. Ich treffe mich mit ihnen einmal in der Woche. Davor hatten sie noch nie in der Bibel gelesen ... Manchmal sind sie ‚dicht‘, wenn ich zu ihnen komme, dann bete ich nur für sie. Es ist ein sehr trauriger Anblick. Ich bete, dass Gott

sich ihrer erbarmt. Leider sehen sie nicht, wie verloren sie sind. Sie wollen nur von den Drogen loskommen und denken, das sei das größte Problem in ihrem Leben.“

- > Bitte beten Sie für diese Menschen, dass sie erkennen, dass sie Christus brauchen und nur in ihm Orientierung, Halt, Befreiung und ein neues Leben finden. Bitte beten Sie auch für die Sommerfreizeiten
- > um gutes Wetter, Bewahrung vor Unfällen und dass Gottes Wort die Herzen der Kinder berührt.

# Türkei: „Deutlicher Anstieg von Hassrede und Hassverbrechen“ gegen evangelische Christen

## Vereinigung Protestantischer Kirchen in der Türkei veröffentlicht jährlichen Menschenrechtsbericht

(Bonn, 10.07.2024) Die Vereinigung Protestantischer Kirchen in der Türkei hat ihren jährlichen „Bericht über Menschenrechtsverletzungen“ vorgelegt. Das Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF) hat jetzt auch eine deutsche Übersetzung veröffentlicht.

Trotz der in der türkischen Verfassung grundsätzlich garantierten Religionsfreiheit gab es auch im Jahr 2023 „noch einige grundlegende Probleme für die protestantische Gemeinschaft“. Das bedeutet nicht, dass es für die anderen christlichen Gemeinschaften der Türkei wie die orthodoxe und katholische keinerlei Probleme gäbe. Aber die Verfasser haben nach eigener Aussage nur für den Bereich der protestantischen Kirchen die entsprechende Expertise. Mit Stand Ende 2023 sind 205 protestantische Gemeinden bekannt. Aus ihren Erfahrungen speist sich der Menschenrechtsbericht.

Der Report listet eine ganze Reihe von Beispielen für „Hassverbrechen, Hassrede, verbale und physische Angriffe“, die im Vergleich zum Vorjahr zahlenmäßig deutlich angestiegen seien. Um einige Beispiele zu nennen: Ein Pastor wurde während einer Predigt von einer Person geschlagen, um – so seine Aussage – „die Toleranz der Christen zu testen“. Kirchen oder von christlichen Gemeinden genutzte Gebäude wurden immer wieder angegriffen, z. B. durch das Zerstören von Fensterscheiben. Christen wurden verbal bedroht und eingeschüchert – einfach nur, weil sie Christen sind. Selbst die Mitarbeiter christlicher Gemeinden, die in den Erdbebengebieten z. B. mit dem Verteilen von Mahlzeiten konkrete Hilfe geleistet haben, wurden als „speziell geschultes Personal“ beschimpft. Erfreulicherweise ist aber der selbstlose Einsatz vieler Christen in der Katastrophenhilfe vielfach sowohl von den Opfern als auch von den Behörden erkannt und gewürdigt worden.

Ein großes Menschenrechtsproblem ist wie schon in den letzten Jahren die Situation ausländischer christlicher Leiter oder deren Ehepartner. Auch wenn es in den letzten Jahren mehr und mehr einen grundsätzlich erfreulichen Wechsel zu türkischen Pastoren als Gemeindeleitern gegeben hat, gibt es nach wie vor Gemeinden, die von ausländischen Christen geleitet werden, da es einfach noch nicht genügend einheimische Verantwortliche gibt und zudem die Anzahl der Gemeinden stetig zunimmt. Seit 2019 sind mit Stand Ende 2023 insgesamt 113 Personen betroffen, die einen „Code“ bekommen haben und deshalb bereits das Land verlassen mussten oder eigentlich verpflichtet wären, das Land zu verlassen, da sie keine gültige Aufenthaltsgenehmigung mehr haben. Inklusive Familienmitglieder sind davon mittlerweile 250 Personen betroffen! Nicht wenige der Betroffenen haben den Code G-87 bekommen, da diese Person eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sei.

Auch im Kontext des Martin Bucer Seminars gibt es einen solchen Fall. Die Familie hat zwar in 2023 einen Gerichtsprozess gewonnen, aber die zuständige Behörde weigert sich entgegen des Gerichtsentscheids die zustehende Aufenthaltsgenehmigung auszustellen. Gegenüber BQ äußerte sich die betreffende Person: „Es fühlt sich an, als ob man 24/7 in einem Action-Film unterwegs ist. Man steht ständig unter Strom. Jederzeit könnte man in eine Polizeikontrolle geraten – und hat dann keine gültige Aufenthaltsbewilligung.“

Aber auch in Bereichen juristische Registrierung von Gemeinden, kirchliche Gebäude, Ausbildung von Pastoren, Religionsunterricht an Schulen und anderen mehr gibt es nach wie vor offene Fragen. Der Bericht gibt auch dazu einige Empfehlungen.

Die Vereinigung Protestantischer Kirchen ist die Evangelische Allianz der Türkei. Sie begann 1989 mit einem Treffen von Kirchenleitern als „Repräsentativer Rat“, der sich in die „Vereinigung Protestantischer Kirchen“ umwandelte und schließlich am 23. Januar 2009 zu einer offiziellen Vereinigung wurde.

*Downloads und Links:*

- 2023 Bericht über Menschenrechtsverletzungen:  
<https://iirf.global/publications/reports/2023-bericht-uber-menschenrechtsverletzungen/>
- 2023 Human Rights – Violation Report:  
<https://iirf.global/publications/reports/2023-human-rights-violation-report/>
- Dieses BQ [online](#)

Dieses BQ als [pdf](#)

# Ukraine: Raketenangriffe töten 38 Menschen

**Metropolit: „Auf russische Mörder wartet das gerechte Urteil Gottes“**

Kiew (IDEA) – Kirchenleiter in der Ukraine haben die schweren russischen Raketenangriffe am 8. Juli scharf verurteilt. Dabei wurde in der Hauptstadt Kiew auch eine Kinderklinik getroffen. Nach Angaben der Regierung starben bei den Angriffen 38 Menschen, darunter vier Kinder. 190 Menschen wurden verletzt. Das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU), Metropolit Epiphaniј (Dumenko), schrieb im Kurznachrichtendienst X: „Auf die russischen Mörder und Angreifer wartet das gerechte Urteil Gottes.“ Er segne jeden, „der gegen das Böse kämpft und auf der Seite des Guten steht, um dessen Sieg näherzubringen“.

**Großerbischof: Es ist eine Sünde**

Der griechisch-katholische Großerbischof von Kiew, Swjatoslaw Schewtschuk, erklärte: „Im Namen Gottes und mit aller Entschlossenheit verurteilen wir dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“ Es sei nicht nur ein Verbrechen gegen menschliche Gesetze und Regeln, gegen internationale Regeln der Kriegsführung. Es ist eine Sünde.“ Im Blick auf getötete Kinder, Eltern und Ärzte sagte Schewtschuk: „Es ist entsetzlich zu sehen, dass die Kinder, die in das Zentrum für künstliche Nieren kamen, um ihr Leben zu retten, von russischen Kriminellen rücksichtslos getötet wurden.“ Rund 70 Prozent der 44 Millionen Einwohner der Ukraine sind orthodox. Etwa zehn Prozent gehören der Griechisch-Katholischen Kirche an und 1,5 Prozent sind evangelisch. Der Geheimdienst der Ukraine (SBU) verfügt nach eigenen Angaben über Beweise, dass der Angriff von Russland verübt wurde. Demnach weise ein Fragment eines Raketentriebwerks, das vor Ort gefunden wurde, auf eine russische Rakete vom Typ Kh-101 Kalibr hin, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. Die Raketenangriffe lösten auch international Entsetzen aus. US-Präsident Joe Biden sprach von einer „schrecklichen Erinnerung an die Brutalität Russlands“.

# Vietnam: 11 inhaftierte Christen werden vermisst

International Christian Concern - Elf vietnamesische Christen, die wegen ihrer religiösen Aktivitäten und ihrer religiösen Identität in dem südostasiatischen Land inhaftiert waren, werden vermisst, was Anlass zur Sorge über die Behandlung inhaftierter Christen in Vietnam gibt.

Die elf Männer, darunter sechs Protestanten und fünf Katholiken, wurden zu unterschiedlichen Zeiten zu insgesamt 90 Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt, wobei die Verurteilung auf das Jahr 2011 und das Jahr 2016 zurückgeht. Jetzt ist ihr Verbleib ein Rätsel.

Den Protestanten Ro Mah Pla, Siu Hlom, Rmah Bloanh und Rmah Khil wurde vorgeworfen, "die Politik der nationalen Einheit zu untergraben", weil sie dem Degar-Protestantismus angehörten, einer religiösen Bewegung, die vom kommunistischen vietnamesischen Regime nicht anerkannt wird.

Die Degar, die auch als Montagnards bekannt sind, sind ein indigenes Volk, das im zentralen Hochland Vietnams lebt. Viele Degar waren im Vietnamkrieg Verbündete der Vereinigten Staaten und sind zum Christentum übergetreten. Nach Angaben der Organisation "Kampagne zur Beendigung der Folter in Vietnam" zwingen "Regierungsbeamte die Montagnard-Christen routinemäßig dazu, ihre Religion öffentlich zu widerrufen, [und] diejenigen, die weiterhin in unabhängigen Hauskirchen Gottesdienst feiern, werden geschlagen, verhaftet und inhaftiert".

Die beiden verbleibenden Protestanten weigerten sich, das Christentum zu verleugnen, und mussten daraufhin rechtliche Konsequenzen hinnehmen. Die Kommission der Vereinigten Staaten für internationale Religionsfreiheit (United States Commission on International Religious Freedom, USCIRF) berichtete, dass das Haus des Protestanten Sung A Khua offenbar beschädigt wurde und er und seine Familie "aus ihrem Dorf vertrieben" wurden, als sie ihren Glauben an Christus nicht verleugnen wollten. Obwohl die Familie schließlich zurückkehren durfte, wurde Sung wegen "Abholzung" oder der Verwendung von Bäumen in der Nähe seines Wohnsitzes zum "Wiederaufbau seines Hauses" verhaftet. Y Hriam Kpa, der andere verbliebene Protestant, wurde verhaftet, weil er sich weigerte, seine Kirche zu schließen und die Gottesdienste einzustellen.

Die fünf Katholiken Runh, A Kuin, A Tik, Run und Dinh Kuh wurden ebenfalls wegen "Untergrabung der Politik der nationalen Einheit" angeklagt, weil sie der katholischen Kirche von Ha Mon angehören, einer Kirche, die wie die protestantische Kirche Degar nicht von der Regierung anerkannt ist.

Zusätzlich zu den vermissten Männern hat die USCIRF über Folter- und Misshandlungsvorwürfe gegen vier weitere inhaftierte Christen berichtet.

Im Jahr 2018 hat die vietnamesische Regierung ein Gesetz erlassen, das als "Gesetz über Glauben und Religion" bekannt ist und die Religionsausübung im Land regelt. Während verschiedene christliche Sekten und andere religiöse Gruppen ihren Glauben ausüben dürfen, überwachen die vietnamesischen Behörden ihre Aktivitäten genau.

Im Rahmen des Gesetzes von 2018 müssen religiöse Einrichtungen oder solche, die es werden wollen, eine Registrierung bei der Regierung beantragen, bevor sie irgendwelche religiösen Aktivitäten ausüben dürfen.

Laut einer Bewertung der USCIRF aus dem Jahr 2019 ist das Verfahren zur Registrierung "kompliziert und aufwändig" und "erfordert, dass religiöse Organisationen fünf Jahre lang tätig waren, bevor sie die Registrierung beantragen ... und den Behörden umfangreiche Informationen über ihre Aktivitäten zur Verfügung stellen."

Einige in Vietnam tätige Pastoren haben berichtet, dass sie gezwungen sind, die Anzahl der Mitglieder ihrer Kirche und die Namen derer, die sie besuchen, offen zu legen. In der USCIRF-Bewertung heißt es weiter: "Mehrere Pastoren berichteten, dass ihre Anträge seit Monaten oder sogar Jahren ohne formelle Entscheidung anhängig sind, obwohl das Gesetz vorschreibt, dass die örtlichen Behörden innerhalb von 60 Tagen auf die Anträge reagieren müssen."

Die vermissten christlichen Gefangenen weisen auf ein größeres Problem innerhalb des vietnamesischen Rechtsrahmens für die Minderheiten des Landes, wie die Degar-Protestanten und die Ha Mon-Katholiken, hin.

Der US-Repräsentant Glenn Grothman, R-Wisconsin, äußerte sich 2022 in einer Erklärung zu zwei christlichen Gefangenen, die angeblich von den vietnamesischen Behörden gefoltert worden waren, und zur religiösen Verfolgung in Vietnam.

"Viele Amerikaner kennen die Schrecken des Kommunismus und die Menschenrechtsverletzungen nicht, die in kommunistischen Ländern wie Vietnam täglich geschehen", sagte Grothman. "Die Vereinigten Staaten haben die Aufgabe, die Religionsfreiheit auf der Weltbühne zu fördern und zu verteidigen, und das fängt damit an, die vietnamesische Regierung wegen ihrer religiösen Verfolgung auf hohem Niveau anzuprangern."

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Weltweit: Religionsfreiheit - Neue Datenbank soll belastbare Fakten liefern

Internationales Institut für Religionsfreiheit stellte „Violent Incidents Database“ vor

Berlin (IDEA) – Eine neue Datenbank des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (IIRF) soll künftig belastbare und leicht zugängliche Fakten zur weltweiten Religionsfreiheit liefern. Der Präsident des IIRF, Thomas Schirmmacher (Bonn) stellte die „Violent Incidence Database“ [iirf.global/vid/](https://iirf.global/vid/)

(VID, deutsch: Datenbank über die Häufigkeit von Gewalttaten) bei einer Veranstaltung des Stephanuskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestag in Berlin vor. Die VID sei darauf angelegt, alle Fälle von religiöser Gewalt und Diskriminierung in der Welt zu erfassen, sagte Schirmmacher. Ihr Zweck sei, dass Forscher und Politiker die Möglichkeit haben sollten, diese Daten zu nutzen. Die Datenbank erfasse alle großen und kleinen Religionen, nicht nur das Christentum. Das unterscheide sie etwa von der „World Watch List“ (Weltweite Beobachtungsliste) des christlichen Hilfswerks Open Doors (Offene Türen).

**„Die meisten Menschen auf der Welt sind religiös“**

Weiter sagte Schirmmacher: „Wer nicht einbezieht, dass die meisten Menschen auf dieser Welt religiös sind, kann nur schlechte Politik machen – nämlich an den Menschen vorbei.“ Echter Einsatz für Religionsfreiheit sei immer Einsatz für alle religiösen und weltanschaulich geprägten Menschen. „Dass von diesem Einsatz Christen als größte Glaubensgruppierung weltweit immer profitieren, ist zwar nicht Hauptmotivation, aber gut zu wissen.“ Initiator der Veranstaltung war der Arbeitskreis Religionsfreiheit (AKREF) der Evangelischen Allianz in Deutschland. Der nach dem ersten christlichen Märtyrer Stephanus (Apostelgeschichte 7) benannte Stephanuskreis ist ein überkonfessionelles Gesprächsforum innerhalb der Unionsfraktion im Bundestag. Er kümmert sich um die Situation verfolgter Christen in aller Welt.

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### **Menschenrechtsorganisationen:**

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### **Wichtige englischsprachige Internetseiten:**

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]